



Inhalt:

- Landtagswahl am 27. März
- StuPa- & Fachschaftswahl
- Demo gegen Bildungsgebühren

Liebe KommilitonInnen, liebe FreundInnen des UStA, liebe LeserInnen,

Gestern war noch Silvester, und jetzt ist schon wieder ein Monat des neuen Jahres um. Wem das bisher alles zu schnell ging, der hat jetzt Gelegenheit, beim Lesen dieses UMag's ein wenig zu verschnaufen.

Seit dem letzten UMag ist wieder etwas Zeit vergangen – Zeit, in der trotz Weihnachten und Jahreswechsel einiges passiert ist. So hat das Bundesverwaltungsgericht Mitte Dezember ein Urteil zu Studiengebühren gefällt, über das wir euch in diesem Magazin informieren. Außerdem gibt es einen Bericht von der Studiengebühren-Demo in Karlsruhe am 26. Januar.

Neues aus der Landespolitik gibt es auch: Im Dezember haben SPD und Grüne einen Antrag zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in den Landtag eingebracht. Darüber und über das Alternativmodell von CDU und FDP berichten wir in diesem UMag. Wir schauen aber auch ein wenig über den Tellerrand unseres Bundeslandes hinaus, mit einem Bericht über die Wiedereinführung des Diploms in Mecklenburg-Vorpommern.

An das Titelthema der letzten Ausgabe anknüpfend bringen wir euch aktuelle Informationen zur Finanzlage des KIT und den aktuellen Kürzungsplänen – oder dem, was uns davon bekannt ist. Das Präsidium macht aus der „Lage der Nation“ nämlich ein mehr oder weniger großes Geheimnis. Klar ist schon, dass das Lehren und Lernen am KIT nicht angenehmer wird. Aber lest am besten selbst...

Kein Geheimnis sind dagegen die Wahlergebnisse – und dass die uniweite Wahlbeteiligung erneut auf bundesweitem Rekordniveau von über 20 % lag, einzelne Fachschaften sogar bei deutlich über 30 %. Wie ihr gewählt habt, findet ihr in diesem UMag. Was daraus dann wird, erfahrt ihr ab April, wenn die neuen Fachschaftsvorstände und das neue Studierendenparlament im Amt sind. Dann wird auch ein neuer UStA gewählt – bis dahin werden wir aber noch ein weiteres UMag veröffentlichen, so dass es für einen Abschied und eine Bilanz jetzt noch ein wenig zu früh ist. Bereits jetzt laufen aber Vorbereitungen für den näch-

sten UStA - wenn ihr euch vorstellen könnt, in der „Bundesregierung“ der Studierendenschaft mitzuarbeiten, kommt einfach im UStA-Büro vorbei oder schreibt uns an info@usta.de.

Nach unseren U-Modell-Wahlen steht jetzt die heiße Phase des Landtagswahlkampfes bevor. Über euer Wahlrecht, die Positionen der Parteien und was sonst noch alles dazugehört, informieren wir euch ebenfalls in diesem UMag.

Zum Abschluss bleibt uns nur noch, euch eine erfolgreiche Prüfungszeit zu wünschen! Und – auch auf die Gefahr hin, dass wir uns wiederholen – geht wählen!

Bis bald

Euer UStA

Das U-Modell im Web 2.0



Twitter-Account des UStA: @UStA_Uni_KA
Twitter-Account des StuPa: @StuPa_Uni_KA



Der UStA bei Facebook: <http://www.facebook.com/pages/UStA-Uni-Karlsruhe/267155943452>



Die News von unserer Homepage als RSS-Feed:
<http://www.usta.de/feed>

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	2
Impressum	3
Kurz notiert – Der UStA-Newsticker	4
Neues vom Studierenden Service Verein (SSV).....	4
Der AStA informiert: Eichhörnchen	5
Leipziger Allerlei – Das Bundesverwaltungsgericht zu Studiengebühren.....	5
Studium barrierefrei?	6
So habt ihr gewählt	7
Das U-Modell	8
Die Referate des UStA.....	8
Verfasste Studierendenschaft.....	10
Wahl 2011 – geht dich was an!.....	11
Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2011	12
Mehr Recyclingpapier am KIT	21
Fassadenbau – die Finanzsituation des KIT.....	22
Alarmstufe Rot – Kommentar zur Zukunft der Lehre am KIT	23
NewBands-Festival.....	23
Hochschulgruppen stellen sich vor:	
- Nightline	25
- KA-Racelng.....	26
Aufstand im hohen Norden.....	25

Impressum

Das UStA-Magazin ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe.

Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Artikel sind herzlich willkommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder.

Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich beim UStA oder eurer Fachschaft.

Herausgeber:

UStA Universität Karlsruhe
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe

Tel.: 0721 608-48460

Web: <http://www.usta.de>

E-Mail: umag@usta.de

V.i.S.d.P.: Anselm Laube

Redaktion:

Layout: Manuela Lemmer,
Andreas Wolf

Druck: Studierenden Service Verein
(SSV)

Auflage: 1000 Exemplare

Titelbild: Manuela Popp

Fotos: Pixelio

Newsletter

Du möchtest immer über die neuesten Aktivitäten und Aktionen des UStA auf dem Laufenden sein?

Dann kannst Du Dich in unseren Newsletter (news@usta.de) eintragen.

Themen des Newsletters sind beispielsweise:

- Termine für Veranstaltungen, Feste oder Aktionen
- Aufrufe zur Mitarbeit (Helfer für die Feste, Jobs im UStA/SSV, Teilnahme an Aktionen)
- Pressemitteilungen des UStA

Anmelden kannst Du Dich auf unserer Homepage

<http://www.usta.de/newsletter>

Kurz notiert



Seit Dezember 2010 gibt es eine neue, vollständig überarbeitete Auflage der Broschüre "Studieren mit Kind". Diese Informationsbroschüre behandelt insbesondere die Themen:

Studierendenstatus, Sozialleistungen, Mutterschafts-, Eltern- und Kindergeld, Unterhalt, Mutterschutz, Elternzeit, Krankenversicherung, Wohnen sowie Beratungs- und Betreuungsangebote. Erhalten könnt ihr diese Broschüre im UStA-Büro. Bei weiteren Fragen bezüglich dieses Themas könnt ihr auch jederzeit an die Frauenreferentin des UStA wenden.

Schon gewusst? Auch Hiwis haben Anspruch auf Urlaub, genauso wie auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Außerdem müssen Krankheitstage damit natürlich nicht nachgearbeitet werden.

Wenn du Fragen dazu hast, kannst du dich gerne an das UStA-Sozialreferat wenden (sozial(at)usta.de oder zu den Sprechzeiten im Büro)

Die Rückmeldefrist für das kommende Sommersemester wurde aus rechtlichen Gründen verkürzt. Ihr habt daher jetzt nur noch bis zum 10. (statt bisher 31.) März Zeit, um eure Rückmelde- und ggf. Studiengebühren zu bezahlen.

Das UStA-Sozialreferat sucht Dich! Wir benötigen eine neue Software zur Verwaltung der Freitischvergabe. Die Software muss neben der Dateneingabe und -verwaltung u.a. E-Mails versenden können. Wenn du programmieren kannst, Spaß daran hast und dabei sauber arbeitest und gut dokumentierst, dann bist du unser Mann/unsere Frau! Für mehr Infos schreib uns einfach an sozial(at)usta.de oder komm im UStA-Büro vorbei!

Seit dem 10.12.2010 dürfen Kinder von Studierenden bis zur Vollendung ihres 10. Lebensjahres kostenlos in der Mensa essen. Dafür müssen die Kinder einen "Mensa-Kids"-Ausweis dabei haben und in Begleitung eines studierenden Elternteils sein. Zudem muss der Elternteil ebenfalls etwas zu Essen kaufen. Den "Mensa-Kids"-Ausweis könnt ihr im Büro von Iris Cserni im Info-Center beantragen. Dieses findet ihr in der Mensa, links

von den Aufgängen der Linien 1 und 2. Dort füllt ihr dann ein Formular aus und gebt eine Kopie der Geburtsurkunde eures Kindes und eurer Immatrikulationsbescheinigung ab. Der Ausweis gilt für alle Studentenwerk-Mensen in Karlsruhe (jedoch nicht für Update, Curry Queen oder Cafeterien) und ist ein Jahr lang gültig. Bei weiteren Fragen könnt ihr euch an das Sozialreferat wenden (sozial(at)usta.de oder direkt im Büro).

Neues vom Studierenden Service Verein (SSV)

Von Jens Senger

Seit Anfang dieses Jahres gibt es einige Neuerungen bei den Angeboten des SSV. Wir möchten hier die Gelegenheit nutzen und euch diese vorstellen.

Druckerei

Du wolltest schon immer mal ein individuell bedrucktes T-Shirt haben?

Dann wird dich das neue Angebot der SSV-Druckerei sehr interessieren.

Ab sofort können wir verschiedene Kleidungsstücke wahlweise mit einem Flock- oder einem Flexdruck veredeln.

Sprintervermietung

Seit Anfang dieses Jahres gelten für den SSV neue Versicherungsbedingungen beim BGV. Daraus ergeben sich einige Änderungen in den Vermietungsbedingungen:

- Selbstbeteiligung in Höhe von 750,- Euro

- Besitz eines PKW-Führerscheins länger als 2 Jahre
- Für die großen Sprinter musst du zusätzlich mindestens 23 Jahre alt sein

Unser Ziel ist es, am Ende des Jahres erneut mit der BGV über die Bedingungen zu verhandeln. Dafür wäre eine geringe Schadensquote in 2010 von großem Vorteil.

Ein Nicht-Artikel

Der AStA informiert: Eichhörnchen

von Philipp Glaser und Florian Merz

Leider darf der Allgemeine Studierenden-ausschuss (AStA) in Baden-Württemberg nicht politisch tätig werden. Deswegen gibt's hier auch keine Neuigkeiten, sondern einen Bericht über Eichhörnchen.

Wir alle kennen die Bilder aus Film und Fernsehen. Im Hintergrund die alten Backsteingebäude der Universität Oxford oder des MIT, im Vordergrund - ein Eichhörnchen. Was wäre eine Eliteuniversität auch ohne seine Eichhörnchen! Um mit den internationalen Konkurrenten gleichzuziehen, haben Biologen am KIT nun ein spezielles Ansiedlungsprogramm für Eichhörnchen gestartet. Wir zitieren aus dem Paper aus dem Abschnitt zum Paarungsverhalten:

Paarung der Eichhörnchen

Die ersten Annäherungen sind ab Ende Januar, in strengen Wintern ab Februar zu beobachten. Die Männchen werden durch Vaginalsekrete angelockt, die von den brünstigen Weibchen verströmt werden. Bei den Annäherungsversuchen kommt es zu wilden Verfolgungsjagden in den Ästen, am Boden und in der Luft.

Sind die Weibchen noch nicht zur Paarung bereit, kommt es zu Kämpfen.

Sobald das Weibchen paarungsbereit ist, wird das Davonlaufen zu einem Spiel. Vor der Begattung gibt das Weibchen etwas Harn ab. In manchen Fällen kann es jedoch Tage dauern, bis es tatsächlich zur Paarung kommt. Ist es soweit, umklammert das Männchen die Lenden des Weibchens und begattet es von hinten, mit aufgestelltem Schwanz.

In den meisten Jahren gibt es zwei Paarungszeiten, eine im ausgehenden Winter mit Wurf im März oder April, eine weitere im späten Frühjahr mit Wurf zwischen Mai und August. Stehen am Jahresbeginn zu wenig Nahrungsressourcen zur Verfügung, kann die erste Paarungszeit entfallen. Treffen mehrere Männchen bei einem Weibchen ein, kann es zu aggressivem Verhalten mit Schreien und Bissen kommen. Eichhörnchen sind polygyn



Ein Eichhörnchen (*Sciurus vulgaris*)

– die Männchen verlassen das Weibchen bald wieder und suchen neue Partnerinnen, mit der Aufzucht der Jungen haben sie nichts zu tun. Hält sich ein Männchen bis zur Geburt der Jungen in der Nähe des Weibchens auf, wird es spätestens jetzt vom Weibchen verbissen. Das Männchen wehrt sich selbst dann nicht, wenn es deutlich stärker als das Weibchen ist (Beißhemmung), das Männchen räumt dann kampfflos das Feld.

Quelle: Deutsche Wikipedia. Lizenziert unter der GNU Free Documentation License

Leipziger Allerlei

Das Bundesverwaltungsgericht hat über Studiengebühren geurteilt

von Andreas Wolf

Die Einführung von Studiengebühren in Baden-Württemberg 2007 hat eine Klagewelle ausgelöst. Einige dieser Verfahren sind in der letzten Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht gelandet, das Mitte Dezember letzten Jahres die Urteile gesprochen hat. Mit diesen Urteilen hat es den Bemühungen der Gebührengegner, auf juristischem Wege gegen die „Campus-Maut“ vorzugehen, einen herben Dämpfer verpasst: Die vorgelegten Revisionen wurden allesamt abgelehnt.

Wissenschaftsminister Frankenberg feierte die Leipziger Urteil denn auch gleich als „Bestätigung“ des

„sozial ausgewogenen Gebührenmodells“.

Die Kläger, teilweise auch Karlsruher Studierende, hatten sich gegen Nachteile gewehrt, die ihnen durch Kindererziehung oder einen abgeleiteten Wehr- oder Zivildienst vor Gebühreneinführung entstanden sind. Aber auch die Mitarbeit in Gremien war Bestandteil einer der Klagen. Hier haben sich Universität und Kläger inzwischen auf eine Befreiung für zwei Semester geeinigt.

Der Tenor der Urteile – Befreiung für Kinderbetreuung und Kreditangebote für den Rest sind genug – war in gewisser Weise absehbar, ebenso die Reaktion der Landesregierung.

Dass inzwischen über 40% der Studierenden von den Gebühren befreit sind, ist dagegen kein Punkt für Kritik am baden-württembergischen System. Kann man noch von allgemeinen Gebühren sprechen, wenn 60% zahlen? Ist es sozialverträglich, wenn eine Befreiung einzig und allein an der Geschwisterzahl festgemacht wird, während Eltern- und eigenes Einkommen und andere Punkte völlig unberücksichtigt bleiben?

Mit der Frage, welche Befreiungen es aus unserer Sicht für Ämter innerhalb der Studierendenschaft geben sollte, wird sich das StuPa demnächst beschäftigen. Ob weiter Gebühren gezahlt werden müssen, entscheidet die Landtagswahl. Es bleibt spannend...

Studium barrierefrei?

von Manuela Lemmer

Als normale StudentIn kann man sich schwerlich vorstellen, auf welche Barrieren andere Mitstudierende während des Studiums treffen können. So kommen auch wenige auf die Idee, darüber nachzudenken, wie einE BlindeR die Aufladestationen mit Touchscreen in der Mensa bedienen soll oder einE RollstuhlfahrerIn an die hohen Terminals herankommen kann.

Die Baustelle am Kronenplatz war vor einigen Monaten für blinde Mitstudenten ein fast nicht überwindbares Hindernis auf dem Weg zum Campus. Dort sind dank Gesprächen mit dem KVV und dem Tiefbauamt mittlerweile mobile Bodenindikatoren angebracht, um den Kronenplatz für Blinde wieder begehbar zu machen. Diese angebrachten Bodenindikatoren sind Platten mit Rillen oder Hubbeln, die Blinde mit ihrem Stock oder den Füßen erfühlen können. So können sie z.B. am Kronenplatz den Weg zur Ampel und über die Straße finden.

Doch auch während der Vorlesungen gibt es zahlreiche Probleme. So existieren zahlreiche Hörsäle, die für RollstuhlfahrerInnen nicht befahrbar sind. Aber auch die Tür zum Rechenzentrum ist für RollstuhlfahrerInnen fast nicht offenbar, da sie zu schwer zum aufdrücken ist. Hörgeschädigte benötigen in den Vorlesungen jemanden, der für sie mitschreibt oder Unterlagen vom Dozenten, um der Vorlesung folgen zu können.

Einige kleine Aufmerksamkeiten reichen oft schon, um unseren Mit-



studierenden das Leben einfacher zu machen. Die Blindenleitlinie hinter der Mensa, am UStA vorbei ist regelmäßig (vor allem bei Regenwetter) mit Fahrrädern zugestellt. Mit den kreuz und quer stehenden Fahrrädern ist dieser Weg als Leitlinie allerdings völlig untauglich. Auch auf dem restlichen Campus sind falsch stehende Fahrräder und Autos ein Problem. Also helft mit und erleichtert euren Mitstudierenden das Leben.

Für sehgeschädigte Studierende gibt es am Campus das Sehzentrum für Sehgeschädigte (SZS). Hier können sich Studierende hinsichtlich des Studiums beraten lassen und mit anderen Sehgeschädigten Erfahrungen austauschen. Die Beratungs- und Betreuungsangebote sowie die Forschungsvorhaben des SZS werden durch Projekte des Landes, Bundes bzw. der EU unterstützt. Seit Oktober 2008 gibt es dank einer Kooperation zwischen SZS und dem KVV einen taktilen Liniennetzplan, der im Kundenzentrum am Marktplatz kostenlos erhältlich ist.

Damit sich nicht nur sehgeschädigte Studierende über ihre Erfahrungen und Probleme austauschen können, sondern alle Studierende mit chronischen Krankheiten oder Behinderung, gibt es seit Oktober 2010 jeden Monat ein Treffen im Sitzungszimmer des Studentenwerkes, den „Treffpunkt Studium barrierefrei“. Dabei ist nicht nur das Kennenlernen untereinander ein Ziel, sondern auch, sich gegenseitig zu unterstützen. So kann ein Erfahrungsaustausch helfen, sein eigenes Studium besser zu strukturieren, oder man kann erfahren, welche AnsprechpartnerInnen einem am besten weiterhelfen können. Zum



Beispiel haben viele erst beim ersten Treffen erfahren, auf welche Hilfsmittel sie Anspruch haben und wie sie es schaffen, dass ihnen diese bewilligt werden.

Um etwas an der Uni zu bewegen, muss man vor allem wissen, an welche Stellen man sich wenden muss. Frau Scherwitz-Gallegos ist dafür die zentrale Ansprechpartnerin beim Studentenwerk und kann gegebenenfalls weitervermitteln. Herr Brandschert kümmert sich um alle Belange rund ums Wohnen. Die beiden veranstalten auch den Treffpunkt Barrierefrei, der einmal im Monat im Sitzungszimmer des Studentenwerkes im Mensa-Foyer (Geb. 01.12) stattfindet. Dazu ist jeder chronisch kranke oder behinderter Student aller Karlsruher Hochschulen herzlich eingeladen.

Treffpunkt Studium barrierefrei:

Jeden Monat im Sitzungszimmer des Studentenwerks /

Foyer der Mensa am Adenauerring, Geb. 01.12

nächstes Treffen ist am Donnerstag, den 31.03.

So habt ihr gewählt

Wahlen zum Unabhängigen Modell 2011: Die Ergebnisse

von Manuela Lemmer

Vom 17. bis 21.01. konnten alle Studierenden des KIT das Studierendenparlament (StuPa) und ihre Fachschaftssprecher wählen. Von insgesamt 20.771 Wahlberechtigten gingen 3.976 zur Wahl. Das ergibt eine Wahlbeteiligung von 20,7%.

Sitzverteilung

Insgesamt sind im StuPa 25 Sitze zu besetzen. In diesem Jahr werden sie folgendermaßen verteilt:

- Die LISTE/GAL
165 Stimmen (4,1%) 1 Sitz
- Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS)
816 Stimmen (20,5%) 5 Sitze
- Grüne Hochschulgruppe (GHG)
1103 Stimmen (27,7%) 7 Sitze
- Jusos
523 Stimmen (13,2%) 3 Sitze
- Liberale Hochschulgruppe (LHG)
326 Stimmen (8,2%) 2 Sitze
- Brandt-Zand-Liste
326 Stimmen (8,2%) 2 Sitze
- Alternative Liste (AL)
103 Stimmen (2,6%) 1 Sitz
- Liste unabhängiger Studierender (LuSt)
614 Stimmen (15,4%) 4 Sitze

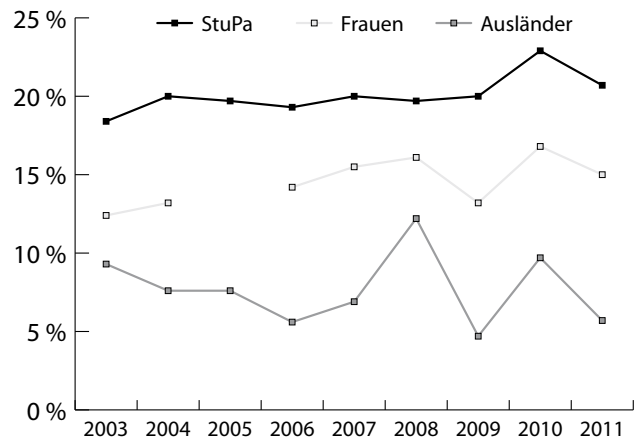
Dieses Jahr sind die FiPS (FachschaftlerInnen ins Parlament der Studierendenschaft) nicht zur Wahl angetreten. Letztes Jahr hatte diese Liste 4 Plätze inne, die dieses Jahr neu auf die

anderen Listen verteilt werden konnten. Im Vergleich zum letzten Jahr haben der RCDS, die GHG, die Jusos, Brandt-Zand und die LuSt einen Sitz gewonnen. Die AL und die LISTE/GAL konnten ihre Sitzanzahl halten. Lediglich die LHG hat dieses Jahr einen Sitz verloren.

Die Fachschaften

Zusätzlich zum StuPa werden jedes Jahr die Fachschaftssprecher gewählt. Die Anzahl dieser richtet sich dabei nach der erreichten Wahlbeteiligung. Der/die Studierende mit den meisten Stimmen wird in der Regel FachschaftsleiterIn. Folgende Wahlbeteiligungen haben die Fachschaften erreicht:

• FS Bau	8,5%
• FS Chemie/Bio	8,6%
• FS CIW	23,4%
• FS ETEC	32,6%
• FS GeistSoz	13,6%
• FS Geo	20,0%
• FS Info	18,7%
• FS Mach	18,9%
• FS Mathe	23,6%
• FS Physik	36,9%
• FS WiWi	27,3%



Die autonomen Referate

Alle weiblichen Studierenden dürfen zusätzlich jedes Jahr die Frauenreferentin des UStA wählen. Die Liste für die Kandidatinnen wird jeweils ca. einen Monat vor der Wahl auf der Frauenvollversammlung aufgestellt. Jede weibliche Studentin kann sich auf der Vollversammlung auf die Liste setzen lassen.

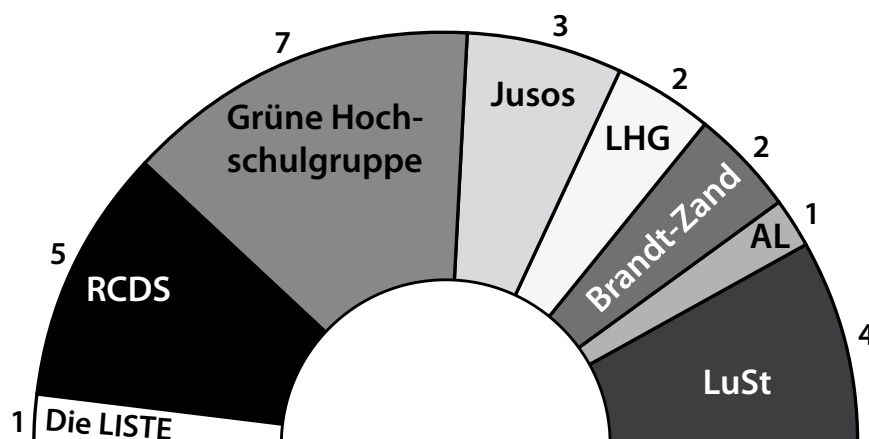
Studierende mit einem ausländischen Pass können außerdem den/die AusländerInnenreferenten/-in wählen. Genauso wie bei der Frauenreferentin wird die Liste mit den KandidatInnen für das Ausländerreferat auf der AusländerInnenvollversammlung aufgestellt. JedeR ausländische Studierende kann sich auf die Liste setzen lassen.

Bei dieser Wahl haben die ausländischen Studierenden Musbah Abu Haweela zu ihrem AusländerInnenreferenten gewählt. Die Studentinnen wählten Sophie Laturnus zu ihrer Frauenreferentin. Die Wahlbeteiligung bei der Wahl der autonomen Referate war:

• Ausländer	5,7%
• Frauen	15,0%

Alle Ergebnisse der Wahl findet ihr unter: <http://www.usta.de/Wahl/Ergebnisse-2011/>

Dort findet ihr auch die Namen der Fachschaftssprecher und StuPa-Mitglieder sowie – für die Statistik-Freaks – die Rohdaten der Wahlergebnisse.



Das U-Modell

Das unabhängige Modell – studentische Selbstverwaltung und Selbstbestimmung

1977 wurde die Verfasste Studierendenschaft verboten. Seitdem dürfen sich die offiziellen Gremienvertreter nur zu kulturellen, sportlichen und sozialen Themen äußern. Da das für eine sinnvolle Studierendenvertretung nicht ausreicht, wurde das Unabhängige Modell gegründet.

Das U-Modell ist der Struktur eines demokratischen Staates sehr ähnlich. Jedes Jahr finden die Wahlen zum Studierendenparlament (StuPa) und den Fachschaftssprechern statt. Das StuPa, das die Legislative darstellt,

wählt aus den Reihen der Studierenden den Unabhängigen Studierendenausschuss (UStA). Der UStA stellt die Exekutive dar. Er repräsentiert die Studierenden nach außen und ist an die Entscheidungen des StuPas gebunden.

Was ist das StuPa?

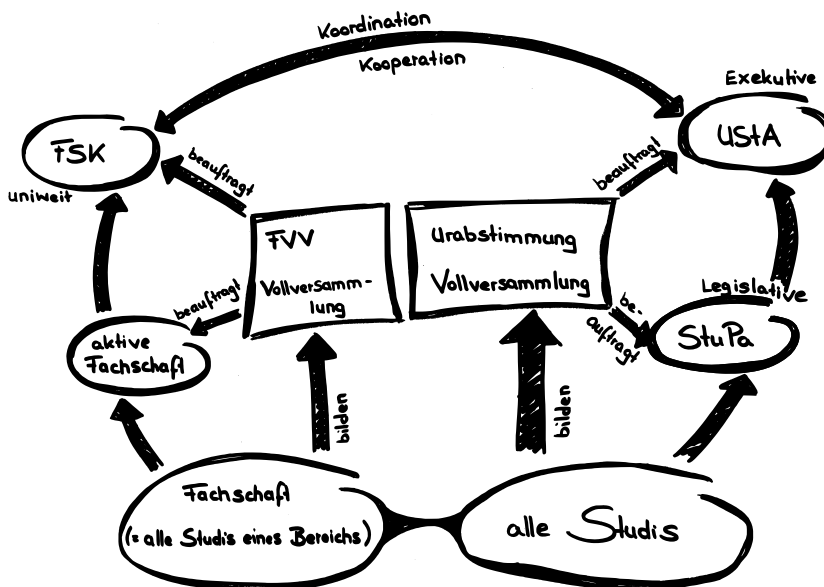
Das Studierendenparlament (StuPa) ist das legislative Organ der Studierendenschaft. Würde man die Studierendenschaft mit der Bundesrepublik Deutschland vergleichen, entspräche

dies dem Bundestag. Damit ist das StuPa das höchste beschlussfassende Gremium der Studierendenschaft. Als solches werden im StuPa die inhaltlichen, uniweiten Entscheidungen getroffen, die Vertreter für unweite Gremien (beispielsweise Senatskommissionen) gewählt und das weitere Vorgehen der Studierendenschaft koordiniert. Insbesondere wählt das StuPa den UStA, die Exekutive der Studierendenschaft, und beschließt dessen Arbeitsprogramm.

Was ist der UStA?

Der Unabhängige Studierendenausschuss (UStA) bildet den Vorstand der Studierendenschaft und ist die Exekutive des Unabhängigen Modells. Er besteht aus mindestens vier vom StuPa für ein Jahr gewählten Referenten und ist an die Beschlüsse des StuPa gebunden.

Der UStA setzt sich für die Interessen der Studierenden der Universität Karlsruhe ein. Zu den Aufgaben zählen der hochschulpolitische Einsatz für die Studierenden, die Organisation von Beratungen (Sozialberatung, Rechtsberatung und weitere), Koordination und Informationsaustausch im U-Modell, die Organisation der Unifeste und vieles Weitere.



Die Referate des UStA

Die Satzung der Studierendenschaft (an der Universität Karlsruhe (TH)) sieht für den Vorstand der Studierendenvertretung zehn Referate vor. Acht dieser Referate werden jedes Jahr auf der konstituierenden StuPa-Sitzung gewählt. Das Frauen- und AusländerInnenreferat werden während der StuPa- und Fachschaftswahl direkt von den weiblichen bzw. ausländischen Studierenden gewählt. Zusätzlich können eine beliebige Anzahl an ReferentInnen hinzugezogen werden. Dieses Jahr hat der UStA ein Queer- und ein zweites Kulturreferat einge-

führt. Diese Referate fallen weg, sobald sie nicht mehr besetzt sind.

Vorsitz

Der Vorsitz koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Referaten. Er/sie pflegt die Kontakte zum Präsidium, Verwaltung, Stadtverwaltung und Ministerium. Zudem repräsentiert er/sie den UStA nach außen und gegenüber der Universität und dem StuPa. Der Vorsitz ist euer erster AnsprechpartnerIn bei Fragen jeglicher Art und für die Aktivitäten des UStA verantwortlich.

Finanzen

Der/die FinanzreferentIn kümmert sich um sämtliche finanziellen Belange des UStA und SSV. Unter anderem stellt er/sie den Haushaltsplan auf und unterstützt die Fachschaften bei der Verwaltung der Gelder.

Inneres

Hauptaufgabe des Innenreferats ist der Informationsaustausch und die Vernetzung innerhalb des U-Modells und der verschiedenen Gremien der Universität. Das Innenreferat ist auch für die Anerkennung und Bearbeitung

von Raumanträgen und der Hochschulgruppen zuständig. Der/die ReferentIn besucht regelmäßig die FSK und die Fachschaftssitzungen. Da das Innenreferat sich um die Uni-internen Belange kümmert, ist es in den meisten Gremien der Uni vertreten oder arbeitet mit den studentischen Mitgliedern eng zusammen.

Soziales

Der/die SozialreferentIn ist AnsprechpartnerIn für alle Studierenden mit Fragen und Problemen zu sozialen Themen. Außerdem vertritt das Sozialreferat eure Interessen im dichten Dschungel der Universitätsverwaltung und arbeitet mit verschiedenen sozialen Einrichtungen zusammen. Dabei versucht er/sie, noch mehr Angebote zu schaffen, die denen das Leben erleichtern sollen, die es durch finanzielle Probleme, körperliche Einschränkungen oder Ähnlichem schwer haben. Wenn Ihr Fragen bezüglich der euch zustehenden Sozialleistungen, der Finanzierungs- bzw. Befreiungsmöglichkeiten von Studiengebühren, der Vergabe von Freitischen oder anderen Problemen habt, ist das Sozialreferat ebenfalls der richtige Ansprechpartner. Studierende mit Kind sind ebenfalls beim Sozialreferat gut aufgehoben – hier werden euch alle Fragen beantwortet, die ihr zu dem Thema habt. Außerdem bekommt ihr hier Tipps und Infomaterial rund um das Thema.

Äußeres

Die große Aufgabe des Außenreferates ist die Vernetzung mit anderen Studierendenschaften und Organisationen. Ob in der Landesastenkonzferenz (LAK), im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) oder in anderen Strukturen: Viele Themen lassen sich nur gemeinsam und durch stetigen Informationsaustausch bearbeiten.

Ökologie

Das Ökoreferat setzt sich dafür ein, dass die Uni ein angenehmerer und gesünderer Lebensraum für alle Menschen wird. Nach außen hin sehen wir die Uni als Teil einer Stadt und eines Ökosystems Erde, die von der Univer-

sität profitieren, nicht unter ihr leiden sollen.

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Das Referat regelt alle Arten von Kommunikation zwischen dem UStA und externen Organen, verfasst dazu Publikationen und Pressemeldungen und sorgt für einen beständigen Informationsfluss. Die Herausgabe des UMag und des KalendUStA fallen zudem diesem Referat zu, genauso wie die Pflege eines Pressearchivs, welches das Wirken des UStA dokumentiert.

Kultur

Das Kulturreferat beschäftigt sich mit dem studentischen Kulturleben. Somit ist eine Hauptaufgabe dieses Referates, das studentische Kulturgruppen zu fördern und kulturelle Projekte zu unterstützen. Neben der Förderung, Koordination und Organisation kultureller Veranstaltungen, kann der/die KulturerIn euch dabei helfen, die richtigen AnsprechpartnerInnen für bereits bestehenden Kulturangeboten zu finden. Wenn es keineN hinzugezogeneN Unifest-KulturerIn gibt, dann fällt dem/der KulturerIn auch die Aufgabe zu, das Festkomitee zu koordinieren und die Hauptverantwortung für das Unifest zu übernehmen.

Frauen

Das Frauenreferat ist als autonomes Referat ein Teil des UStA. Dieses Referat wird jedes Jahr direkt von allen weiblichen Studentinnen gewählt. Das Frauenreferat des UStA hat sich zur Aufgabe gemacht, weiblichen Studierenden zur Seite zu stehen, sie zu beraten und durch Aktionen zu unterstützen. So findet jede Studentin bei Fragen rund um das Studium Hilfe im Frauenreferat – sei es durch Beratung, Information, Vermittlung zur Teilnahme an Workshops/Seminaren oder einfach nur durch das Aussprechen von Erfahrungen und Problemen. Das gleiche gilt natürlich auch für Studierende mit Kind bzw. mit Kinderplänen. Hier sind selbstverständlich auch die Männer angesprochen!

AusländerInnen

Das AusländerInnenReferat ist wie das Frauenreferat ein autonomes Referat des UStA und wird jedes Jahr direkt von allen ausländischen Studierenden gewählt. Dieses Referat sammelt alle Informationen, die ausländische Studierende betreffen. Neue ausländische Studierende haben viele Probleme, z.B. haben sie Fragen über zum Studium, ihrem Visum, zur Wohnungssuche, Versicherungen und anderen Themen, die ihr Leben und den Erfolg in ihrem Studium betreffen. Der/die AusländerInnenreferentIn kann dabei mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Unifest

Das Referat des Unifest-Kulturer ist ein hinzugezogenes Referat dieses UStA. Der/die ReferentIn kümmert sich zusammen mit dem Festkomitee um die Organisation des Unifestes. Wenn ihr beim Unifest helfen wollt oder allgemeine Fragen dazu habt, ist der/die Unifest-Kulturln der/die richtigeR AnsprechpartnerIn.

Queer

Das Queerreferat ist wie das Unifest-Kulturreferat ein hinzugezogenes Referat. Dieses Referat soll eine offizielle Anlaufstelle für ratsuchende Studis bieten und Öffentlichkeitsarbeit über Themen leisten, die Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender betreffen. Außerdem ist es für den UStA wichtig, eine Vernetzung mit anderen Queer-Referaten in Deutschland aufzubauen. All dies geschieht mit dem Ziel, mehr Akzeptanz und Toleranz auf dem Campus zu schaffen.

Interesse?

Für die kommende Amtszeit ab April 2011 werden immer noch ReferentInnen gesucht. Falls du Interesse an einem der beschriebenen Ämter hast, komm einfach im UStA vorbei oder schreib eine Mail an info@usta.de

**Wir freuen uns darauf,
dich kennen zu lernen!**

Verfasste Studierendenschaft

von Anselm Laube

In den Bereich der studentischen Selbstverwaltung ist Bewegung gekommen. Im Landtag in Stuttgart wurde im Oktober eine Anfrage der Fraktionen der Regierungskoalition und im Dezember ein Gesetzentwurf von SPD und Grünen behandelt. Wir möchten euch die spannende Diskussion darüber nicht vorenthalten und die beiden Papiere kurz präsentieren:

Die Anfrage der Fraktionen der Regierungskoalition findet ihr im Internet unter folgender Adresse:

http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/6000/14_6999_d.pdf

Das StuPa hat dazu in seiner Sitzung vom 11.01.2011 folgenden Beschluss gefasst:

„Das Studierendenparlament der Universität Karlsruhe (TH) begrüßt, dass das MWK sich mit der nicht hinreichenden stud. Mitbestimmung beschäftigt. Das vorgeschlagene Modell stellt jedoch in keiner Weise eine Alternative zur seit jeher geforderten Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, die über Finanz- und Satzungsautonomie sowie ein politisches Mandat verfügt, dar.“

Hauptkritikpunkte waren dabei, dass das Ministerium zwar feststellt, dass die aktuelle Situation inakzeptabel ist, jedoch aufgrund mangelnder Kenntnis der tatsächlichen Situation an den Hochschulen sowie politischer Ängste die falschen Schlüsse zieht. Die im Beschluss des StuPa genannte Autonomie ist das zentrale Element der studentischen Selbstverwaltung; darauf kann unter keinen Umständen

verzichtet werden. Das neue Modell sieht zudem eine Struktur vor, bei der die Hauptlast auf wenigen zentralen studentischen Hochschulpolitikerinnen liegt, was, wie die Erfahrungen mit der aktuellen Situation zeigen, nicht zu leisten ist.

Außerdem will das Ministerium bei den Fachschaften nichts am Gesetz ändern, da sie sich bewährt hätten. Dabei wird ignoriert, dass auch die Fachschaften heute nur funktionieren, weil sie im U-Modell als eigenständige Vereine organisiert sind. Dieser Unterbau stellt u.a. die Vernetzung in der Studierendenschaft sicher und sorgt damit dafür, dass die Fachschaft effektiv arbeiten kann. Nach dem Gesetz besteht die Fachschaft nur aus den studentischen Mitgliedern des Fakultätsrats.

Den Gesetzentwurf von SPD und Grünen findet ihr im Internet unter folgender Adresse:

http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/7000/14_7307_d.pdf

Er orientiert sich in weiten Teilen an den Hochschulgesetzen anderer Länder und verwirklicht die zentralen Forderungen des Unabhängigen Modells an eine gesetzliche Verankerung der Studierendenschaft: Satzungs- und Finanzautonomie sowie ein politisches Mandat.

Das StuPa hat dazu in seiner Sitzung vom 11.01.2011 folgenden Beschluss gefasst:

„Das StuPa begrüßt den Gesetzesvorschlag von SPD und Grünen zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft.“

Insbesondere die weite Auslegung des hochschulpolitischen Mandats sowie die Möglichkeit, an jeder Hochschule eine eigene, den Bedingungen angepasste Struktur einzuführen, stießen hierbei auf positive Reaktionen.

Der Antrag von SPD und Grünen wurde – erwartungsgemäß – im Landtag abgelehnt. Der UStA war vor Ort und hat die Debatte für euch verfolgt – neue Argumente gab es nicht. Dafür wurde uns unterstellt, bei Einführung einer Verfassten Studierendenschaft würden wir nahtlos an die angeblichen linksterroristischen Sympathisanten in den ASten der späten 70er-Jahre anknüpfen. Diese vorgeblichen Verbindungen in RAF-Kreise waren damals der offizielle Grund für die Landesregierung, die Verfasste Studierendenschaft abzuschaffen. Es kann sich jeder selbst ein Bild darüber machen, wie ernst das zu nehmen ist, wenn Ministerpräsident Filbinger gleichzeitig der Meinung war, die Lage sei eine andere, wenn es gelänge „mit dem RCDS, der Jungen Union oder der Schüler-Union die ASten zu besetzen“...

In den Räumen des UStA im Mensafoyer wird weiteres Informationsmaterial zur Verfassten Studierendenschaft für dich bereit gehalten, darunter ein ausführlicher Reader zur Verfassten Studierendenschaft, den du auch online unter folgender Adresse downloaden kannst:

<http://www.usta.de/archiv/sonstiges/reader-zur-verfassten-studierendenschaft>

Wahl 2011 – geht dich etwas an!

Landtagswahlen in BaWü

von Anselm Laube

2011 ist ein Superwahljahr. Neben der für uns besonders relevanten Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27.03.2011 finden im Februar in Hamburg Bürgerschaftswahlen, im März in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz Landtagswahlen sowie Kommunalwahlen in Hessen statt. Im Mai wählt Bremen eine neue Bürgerschaft und im September die BerlinerInnen ihr Abgeordnetenhaus, begleitet von Kommunalwahlen in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Bei jeder dieser Wahlen werden sich etliche Parteien und Listen zur Wahl stellen und die WählerInnen müssen entscheiden, welchen Personen sie die in unserer Verfassung vorgesehenen Machtpositionen in der menschlichen Selbstverwaltung (Staat) anvertrauen. Die Berichterstattung über die Wahlmöglichkeiten sollte objektiv sein, die Startvoraussetzungen gleich und der Umgang der KandidatInnen untereinander fair. Soviel zur Theorie:

Doch wer die Medien in den letzten Monaten beobachtet hat, wird bemerken, dass eine objektive Berichterstattung nicht stattfindet. Manche Kleinstparteien kommen in der Wahrnehmung gar nicht erst vor (siehe auch dieses UMag; weder bei den Wahlprüfsteinen noch bei der Podiumsdiskussion, die der UStA für den 08.02.2011 organisiert, sind alle voraussichtlich antretenden Parteien vertreten). In einigen regionalen und überregionalen Zeitungen kann man sogar eine eindeutig tendenziöse Berichterstattung ausmachen. Und von einem fairen Umgang miteinander kann erst Recht keine Rede sein, wenn das Kultusministerium den Schulen per Dienstanweisung verbietet, KandidatInnen von nicht im Landtag vertretenen Parteien zu Diskussionsveranstaltungen einzuladen [1].

Der Mangel an einer offenen und ehrlichen politischen Kultur im Ländle ist greifbar. Sei es die Kies-Affäre [2], der Polizeieinsatz auf der SchülerIn-

nendemo am 30.09.2010 [3] oder die vor wenigen Wochen bekannt gewordenen Unstimmigkeiten beim EnBW-Deal der Landesregierung [4]. Die Stuttgarter MachthaberInnen scheinen gar nicht mehr zu merken, wie stark ihr Regierungsstil vom demokratischen Ideal abweicht.

Der UStA fordert dich daher auf, dich aktiv mit den Menschen, die am 27.03. in den Landtag gewählt werden möchten, zu beschäftigen. Es gibt in der Politik kein gut und böse. Nicht eine PolitikerIn hat die Lösung parat, und auch nicht eine Partei, sondern du kannst den KandidatInnen gegenüber deine Interessen formulieren und ihnen somit das Gefühl geben, beobachtet zu werden.

Auch wenn bei der Entscheidung vor oder in der Wahlkabine nicht alleine studentische Themen eine Rolle spielen sollten, kannst du deine Anliegen und die der Studierendenschaft an die Menschen in deinem Umfeld weitertragen.

Die wichtigsten Forderungen des UStA zur Landtagswahl:

- Die sofortige Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Baden-Württemberg
- Abschaffung der Studien- und Verwaltungsgebühren für alle StudentInnen
- Die Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen in Baden-Württemberg
- Das zügige Abarbeiten des Sanierungsstaus von ca. 300 Mio € allein auf dem Campus Süd des Karlsruher Instituts für Technologie
- Die Schaffung eines verbesserten gesetzlichen Rahmens zum Bologna-Prozess, damit Hochschulen die im Schnellverfahren eingeführten neuen Studiengänge freier und offener gestalten können
- Die Einführung einer Zivilklausel für das ganze KIT
- Stärkung der demokratischen Strukturen an den Hochschulen und in diesen eine Stärkung der studentischen Mitbestimmung. Der Senat muss wieder mehr

Kompetenzen haben, das Gremium „Aufsichtsrat“ muss auf seine Funktionsfähigkeit hin überprüft werden und ggf. ersetzt werden. Auch wird ein nebenamtliches studentisches Präsidiumsmitglied angestrebt.

- Das Auflösen der Diskrepanz zwischen StudentInnenzahlen im Vergleich zur Anzahl der Frauen bei wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und dem Lehrpersonal
- Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks der Hochschulen, also ein geringere Ressourceneinsparung und effiziente Flächennutzung, ökologisches Wirtschaften auf allen Ebenen.

Auch wenn viele finanzielle „Sachzwänge“ vorgeschoben sind: Eine komplette Behebung aller Probleme ist selbst beim (von dir erträumten) traumhaften Wahlausgang unwahrscheinlich. Um so wichtiger erscheint die demokratische Teilhabe. Beschränke dich nicht darauf, alle fünf Jahre ein Kreuz zu machen, sondern fordere von der Politik aktiv Verbesserungen, wo du die Notwendigkeit dazu siehst und verändere selbst aktiv die Gesellschaft, indem du dich auf dem Campus oder in der Stadt engagierst. Eine prima Gelegenheit dazu wäre als Mitglied des im kommenden April neu zu wählenden Vorstands der Studierendenschaft. Komm doch einfach mal im UStA vorbei, wenn du Interesse hast, die dort Anwesenden nehmen sich gerne Zeit für dich. Dein Einmischen kann jetzt hier beginnen.

[1] <http://www.piratenpartei-bw.de/2011/01/21/regierung-schranktpolitische-neutralitat-der-schulen-ein/>

[2] <http://www.badische-zeitung.de/freiburg/freiburger-justiz-ermittelt-in-kies-affaere--26509899.html>

[3] <http://www.sueddeutsche.de/politik/protest-gegen-stuttgart-art-die-ersten-baeume-sind-gefallen-1.1006862>

[4] <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/spaetzle-connection-wieder-aktiv/>

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2011

Die LandesAstenKonferenz Baden-Württemberg (LAK), das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und der freie Zusammenschluss der studentInnenschaften (fzs) haben den großen zur Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg antretenden Parteien im November Fragen zu studentischen Themen gestellt mit der Bitte, diese kurz zu beantworten.

Die bis Mitte Januar eingegangenen Antworten haben wir hier zusammengefasst, die kompletten Texte könnt ihr unter www.fzs.de einsehen. Gerne hätten wir euch auch die Antworten der beiden derzeit in Baden-Württemberg regierenden Parteien gedruckt, aber wir haben **bis heute noch keine Antworten von CDU und FDP**.

Kleinstparteien sollten mit diesem Verfahren nicht ausgeschlossen werden, nur ist eine komplette Übersicht der Positionen aller in einem bestimmten Wahlkreis antretenden KandidatInnen erst nach der Feststellung der KandidatInnen Ende Januar möglich, dafür hat es in diesem UMag leider einfach nicht gereicht.

I. Verfasste Studierendenschaft

Soll die Verfasste Studierendenschaft anerkannt und wieder in das Landeshochschulgesetz aufgenommen werden?

Soll eine solche Regelung landesweit greifen oder den Hochschulen überlassen werden?

Wie ist ihre Position zu einer Verfassten Studierendenvertretung mit einem allgemeinpolitischen Mandat?

Bündnis 90/Die Grünen

Die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Baden-Württemberg ist die Mindestvoraussetzung für ein Gelingen studentischer Mitbestimmung. Wir Grüne setzen uns dafür kontinuierlich ein, seit wir im Landtag vertreten sind und haben zuletzt im Dezember 2010 gemeinsam mit der SPD einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht.

Die Verfasste Studierendenschaft macht aus unserer Sicht nur Sinn, wenn sie über Finanz- und Satzungsautonomie verfügt. Selbstverständlich sollen sich ihre Organe auch über rein hochschulpolitische Belange hinaus an der politischen Willensbildung beteiligen können.

Neben der formellen Einführung der Verfassten Studierendenschaft halten wir Grüne aber vor allem eine Stärkung der demokratischen Kultur an Hochschulen für unabdingbar. Für eine angemessene Teilhabe von Studierenden an Abläufen in der Hochschule kann die Gremienarbeit immer nur ein erster Schritt sein. Siehe auch: Gesetzentwurf der Fraktionen GRÜNE und SPD "Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes" vom 07.12.10; Drs. 14/7307

DIE LINKE.

Es ist ein Skandal, dass dies in Baden-Württemberg nicht schon längst geschehen ist. Verhindert haben es CDU und FDP, aber auch die SPD in ihrer (Mit-)Regierungszeit von 1992-1996. Allein diese fehlende Bereitschaft, Studierenden eine angemessene Mitbestimmungs- und Artikulationsmöglichkeit an ihrer Hochschule einzuräumen, ist ein zureichender Grund, diese Parteien nicht zu wählen. Nach ihrem Einzug in den Landtag wird DIE LINKE ein Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft einbringen, das sie vorher zusammen mit bereits existierenden Verfassten Studierendenschaften aus anderen Bundesländern beraten und nach den Wünschen der Studierenden in Baden-Württemberg gestalten wird. Wir wollen in Baden-Württemberg eine „best case“-Regelung für eine Verfasste Studierendenschaft, die aus den Erfahrungen der Studierenden in anderen Bundesländern Lehren zieht.

Wenn dies nicht landesweit verbindlich geregelt wird, werden die Rektorate der einzelnen Hochschulen versuchen, die Mitwirkungsrechte der Studierenden weiter auszubremsen. Eine landesweite Regelung ist deshalb notwendig.

Ein allgemeinpolitisches Mandat für die Verfasste Studierendenschaft

ist absolut unverzichtbar. Darauf wird DIE LINKE in allen Verhandlungen bestehen. Ohne ein allgemeinpolitisches Mandat könnten sich die Studierendenvertretungen noch nicht einmal zu Gesetzen äußern, die sie unmittelbar betreffen (BAföG, Hochschulfinanzierung etc.). Schließlich steht die Hochschulpolitik in einem unauflöselichen Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, deren kritische Thematisierung nicht untersagt, sondern ausdrücklich gefördert werden muss.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Seit der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft im Jahr 1977 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Filbinger war ihre Wiedereinführung das politische Ziel der SPD – und wir haben einen entsprechenden Gesetzesänderungsantrag auch in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zweimal gestellt – angesichts der Mehrheitsverhältnisse vergeblich. Die SPD-Landtagsfraktion hat im Dezember in einem gemeinsamen Gesetzentwurf mit der GRÜNEN-Landtagsfraktion erneut einen Vorstoß zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft unternommen.

Wir haben in Baden-Württemberg ein Hochschulgesetz, das alle Hochschularten einschließt und dieser Universalitätsanspruch soll nach un-

serer Auffassung auch für die Art und Weise gelten, wie die Studierenden sich und ihre Interessen eigenständig organisieren können. Nicht jede Einzelheit muss den Hochschulen gesetzlich vorgeschrieben werden, wohl aber Mindeststandards. Denn die seit wenigen Jahren unter dem Dach dieses Hochschulgesetzes vereinten Hochschularten haben ganz unterschiedliche Traditionen im Hinblick auf die Vertretung studentischer Interessen und möglicherweise auch unterschiedliche Beurteilungen ihrer Notwendigkeit. Insofern gilt auch hier die Faustregel: so viel Autonomie wie möglich, aber so viel Steuerung wie in diesem Fall nötig. Dieser Grundsatz

leitet auch den oben erwähnten Gesetzentwurf.

Die Idee, den Studierendenvertretungen das Mandat für allgemeinpolitische Äußerungen abzusprechen, ist historisch auf die Absicht konservativer Politik zurückzuführen, die Studierenden als treibende Kraft gesellschaftskritischer Proteste mundtot zu machen. Spätestens die Proteste der letzten Jahre gegen die Bologna-Reform und ihre Folgen an den Hochschulen zeigen eine fatale Kehrseite dieser Politik: Wo Kritik unterbunden wird, wo Betroffenheit sich nicht selbstverständlich und offen und unzensuriert äußern kann, bricht sie sich

unkontrolliert Bahn – und erzwingt geradezu die gesellschaftlichen Verwerfungen, die eine ‚Maulkorb‘-Politik vermeiden wollte. Außerdem zeigen diese Proteste geradezu paradigmatisch, dass Beschränkungen des Mandats auf studentische Angelegenheiten oder bildungspolitische Zusammenhänge untauglich sind und geradezu einem Denkverbot gleichkommen – wer Grund zur Klage über schlechte Studienbedingungen und mangelnde Berufsanknüpfung hat, sollte nicht daran gehindert werden dürfen, über die gesellschaftlichen Bedingungen der Universität, des Arbeitslebens und ihrer Veränderung nachzudenken und sich zu äußern.

II. Studiengebühren und Studienfinanzierung

Finden Sie generell Studiengebühren gerechtfertigt? Wenn ja, welche und warum?

Wollen Sie an der Erhebung von Studiengebühren und Verwaltungsgebühren festhalten? Wem sollen die Studiengebühren direkt zufließen, wie sollen die eingenommenen Gelder verteilt werden?

Wie wirken sich Studiengebühren auf die soziale Lage der Studierenden und die soziale Zusammensetzung an den Hochschulen aus?

Bündnis 90/Die Grünen

Studiengebühren stellen einen Einfluss unter vielen auf die Entscheidung zur Aufnahme eines Hochschulstudiums dar. Ihre Einführung hat daher auch zu leichten Verschiebungen in der sozialen Zusammensetzung an den Hochschulen geführt und die Tendenz verstärkt, dass wesentlich weniger Studierende aus sozial schwachen Familien kommen als aus wohlhabenderen Schichten. Die Schere im Bildungssystem war aber lange vor den Studiengebühren vorhanden – diese sind weder ihre zentrale Ursache, noch ist die Abschaffung der Gebühren das zentrale Mittel, die soziale Selektivität zu bekämpfen. Dafür müsste wesentlich früher angesetzt werden, denn die Weichen für den Bildungsweg werden schon im Kindergarten, vor allem aber in der Schule gestellt, wo Baden-Württemberg mit dem dreigliedrigen Schulsystem über einen Selektionsmechanismus verfügt, der systematisch Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung verhindert und SchülerInnen aus benachteiligten Gruppen ausgrenzt. Von einer Abschaffung von Studiengebühren profitieren daher in

überdurchschnittlichem Ausmaß diejenigen privilegierten Gruppen, die es mehrheitlich überhaupt erst bis zur Hochschule schaffen. Vor diesem Hintergrund stehen wir Grüne auch nicht für eine Fundamentalkritik an jeglichen Gebühren, sondern haben einen differenzierten Ansatz im Umgang damit.

Klar ist, dass das unter schwarz-gelb eingeführte Studiengebührenmodell sozial blind und eben gerade nicht differenziert ist. Dieses wollen wir deshalb auch so schnell wie möglich abschaffen. Das Erststudium bis zum Master-Abschluss soll in Baden-Württemberg künftig gebührenfrei sein. Nichtsdestotrotz wollen wir Hochschulen die Möglichkeit geben, auch weiterhin Gebühren z.B. für weiterbildende Masterangebote zu nehmen. Das ist sozial gerecht, weil diese Angebote von Menschen wahrgenommen werden, die bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen haben und in der Regel berufstätig sind. Und es ist die Voraussetzung dafür, dass überhaupt lebenslanges Lernen an öffentlichen Hochschulen in Baden-Württemberg stattfindet, da die entsprechenden Angebote bisher

kostendeckend über Gebühren finanziert werden. Würde man das verbieten, müsste man in Kauf nehmen, dass Weiterbildung nicht mehr von staatlichen Hochschulen geleistet werden könnte, sondern komplett an private Hochschulen abwandern würde. Unser Ziel als Grüne ist aber gerade die Stärkung der Angebote für lebenslanges Lernen, auch an öffentlichen Einrichtungen.

DIE LINKE.

Eines der allerersten Gesetze, das DIE LINKE nach ihrem Einzug in den Landtag einbringen wird, hat die sofortige Abschaffung der Studiengebühren in Baden-Württemberg zum Ziel. Studiengebühren sind unsozial und zudem auch bildungspolitischer Humbug. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise im Bildungssystem. Das hat die Entwicklung der letzten Jahre für jeden unvoreingenommenen Beobachter gezeigt.

Die aktuelle Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zeigt, dass man sich auf die Versprechungen von SPD und Grünen zur Abschaffung der Studiengebühren nicht wirklich verlassen

kann. Hatten sie vor der dortigen Landtagswahl den Studierenden noch die Streichung der Gebühren versprochen, so schieben sie die Umsetzung jetzt auf die lange Bank. Nach dem gegenwärtigen Stand sollen die Gebühren erst 1 ½ Jahre nach der Landtagswahl fallen. Nur DIE LINKE ist konsequent bei der Forderung nach der sofortigen Abschaffung der Studiengebühren geblieben. Die Erfahrung zeigt: SPD und Grüne halten sich im Parlament nur unter dem Druck der LINKEN zumindest teilweise an ihre eigenen Versprechungen.

Der Verfasser dieser Zeilen ist nicht nur Mitglied des Landesvorstands der LINKEN in Baden-Württemberg, sondern er lehrt auch seit Jahren selbst als Dozent an einer der sog. „Elite-Universitäten“ Baden-Württembergs. Die tägliche eigene Erfahrung belegt: Immer mehr sind die Studierenden von Nebenjobs abhängig, immer weniger Zeit steht für das eigentliche Studium zur Verfügung. Immer mehr hängt der Beginn eines Studiums vom Geldbeutel der Eltern ab, und immer

mehr werden finanziell schwächere Bevölkerungskreise an den Universitäten ausgegrenzt. Studiengebühren verschärfen die soziale Ungleichheit und sind eine sozial- und bildungspolitische Katastrophe.

SPD

Die SPD hat Studiengebühren stets abgelehnt und zwar in allen Modellen, die in der Diskussion waren, standen und stehen (also z. B. die darlehensfinanzierte oder nachlaufende Variante). Wir beurteilen Studiengebühren grundsätzlich ab, weil sie sozial selektiv sind und dazu führen, dass Menschen auf die Qualifizierungsmöglichkeit Hochschulstudium verzichten. Diese Beurteilung gilt auch für die darlehensfinanzierte und die nachlaufende Variante, die sich lediglich dadurch unterscheiden, dass sie nicht zu akuten Finanzierungsproblemen führen, sondern zu einer Verschuldung, die Studierende aus ärmeren Elternhäusern als Hypothek ins Berufsleben mitnehmen.

Wir werden die Studiengebühren und die Verwaltungsgebühren abschaffen.

Studiengebühren wirken sozial selektiv und verstärken damit eine Tendenz, die ohnehin unser Bildungssystem negativ prägt. Sie zwingen zu noch mehr studienbegleitender Erwerbsarbeit und verlängern auf diese Weise die Studiendauer. Wer die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks aufmerksam liest, der stellt bei den Hochschularten eine unterschiedliche soziale Rekrutierung fest, die ganz eindeutig finanzielle und nicht Begabungsgründe hat: Wer ein Studium mitsamt der Studiengebühren nicht finanzieren kann, der optiert für die Duale Hochschule und die finanzielle Zuwendung aus dem Ausbildungsbetrieb, wer keine finanziellen Probleme hat, der geht leichten Herzens auch in beschäftigungsrisikante Studiengänge sowie in traditionsreiche und teure Hochschulstädte.

III. Hochschulfinanzierung

Sehen Sie es als Aufgabe des Staates an, den Finanzbedarf des Bildungssystems, beginnend mit der Kinderbetreuung, komplett zu decken?

Wie zufrieden sind Sie mit der Umsetzung des Hochschulpaktes in Baden-Württemberg, z.B. im Hinblick auf die doppelten Abiturjahrgänge?

Halten Sie die derzeitige Finanzierung der Hochschulen in Baden-Württemberg für ausreichend?

Bündnis 90/Die Grünen

Die Finanzierung von Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wäre es richtig und wünschenswert, wenn der komplette Finanzbedarf des Bildungssystems von der Kita bis zur Hochschule durch den Staat gedeckt werden könnte und wir Grünen streben das als langfristiges Ziel unserer Politik auch an. Da Bildung allerdings auch der kostenintensivste Posten im Landeshaushalt ist, lässt sich eine vollständige staatliche Finanzierung leider nicht von heute auf morgen realisieren. Kurz- und mittelfristig kommen wir nicht umhin, Prioritäten zu setzen, wenn wir dem wichtigen grünen Grundsatz der Nachhaltigkeit auch im Bereich der Staatsfinanzen gerecht werden wollen.

Das heißt für uns: Trotz der extrem angespannten Haushaltssituation darf es auf keinen Fall zu einer Ausweitung von Gebühren im Bildungssystem kommen – Kürzungen im Bildungshaushalt sind für uns tabu. Stattdessen fordern wir massive zusätzliche Investitionen.

Erste Priorität hat dabei die Gewährleistung eines flächendeckenden Angebots an Bildungseinrichtungen – sowohl was Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren angeht als auch in Bezug auf Studienplätze. Denn der Hochschulpakt 2012 hat noch nie ausgereicht, um den tatsächlichen zusätzlichen Bedarf, der nicht nur aus den doppelten Abiturjahrgängen, sondern auch aus der Aussetzung der Wehrpflicht resultieren wird, auch rechtzeitig zu decken. Hier werden größere Anstrengungen nötig sein, zumal auch das Angebot

an Masterplätzen entsprechend ausgebaut werden muss.

Die zweite Priorität legen wir auf eine Verbesserung der Qualität – durch zusätzliches und besser ausgebildetes Personal in Kindertagesstätten, durch einen konsequenten Ausbau des Ganztagsangebots, durch personalintensivere Unterrichtsformen infolge der Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. In den Hochschulen geht es vielerorts schon allein darum, die finanzielle Grundausstattung für die Lehre sicherzustellen. Darüber hinaus wollen wir aber auch finanzielle Anreize für gute Lehre setzen, innovative Ansätze fördern und diejenigen Hochschulen belohnen, die sich gut um ihre Studierenden kümmern und viele von ihnen zu einem erfolgreichen Abschluss führen.

Die dritte Priorität liegt auf der komplett kostendeckenden staatlichen Finanzierung des Bildungssystems. Wir sind überzeugt, dass wir zuerst allen, die Bildungsangebote wahrnehmen wollen, auch welche anbieten müssen, dass wir diese solide finanzieren müssen, um auch qualitativ hochwertige Angebote machen zu können, und dass erst danach die Abschaffung aller Gebühren erfolgen kann. Denn kostenfreie Angebote, die zum Einen den Bedarf nicht decken und zum Anderen qualitativ weit hinter kostenpflichtigen Angeboten von Privaten zurückbleiben, sind das Gegenteil von sozial gerecht.

Gerade weil wir einerseits feststellen, dass baden-württembergische Hochschulen chronisch unterfinanziert sind und weil auch Spielräume für dringend notwendige zusätzliche Investitionen nicht unbegrenzt sind, stehen wir einzelnen wettbewerblichen Elementen in der Hochschulfinanzierung positiv gegenüber. Gerade wenn es um finanzielle Anreize für gute Lehre geht, sollten diese so organisiert sein, dass Hochschulen sich um gute Konzepte für die Lehre bemühen, um auch an zusätzliche Mittel zu kommen. Eine Kultur der reinen Projektfinanzierung, wie dies in extremer Form durch die Exzellenzinitiative etabliert wurde, schafft Unsicherheit und führt sogar zu einem immer weiteren Ausbluten der Lehre, da die gewährten Fördermittel des Bundes für Forschungsexzellenz immer vom Land aus dem knappen Hochschuletat kofinanziert werden müssen – sobald die Bundesförderung ausläuft, muss das Land sogar komplett einspringen, wenn Strukturen nicht wieder abgebaut werden sollen. Nachhaltige Hochschulentwicklung sieht anders aus.

DIE LINKE.

DIE LINKE. hat diesen Abschnitt in „Hochschulförderung“ umbenannt

Ja, das sieht die DIE LINKE ohne jede Einschränkung als Aufgabe des Staates an. Denn Bildung ist die Grundlage für die Zukunft unserer Gesellschaft. Aus dieser Verantwortung darf der Staat nicht entlassen werden.

Die Umsetzung war eine einzige Katastrophe. Das lässt sich mittlerweile auch durch die Regierung kaum mehr verschleiern.

Die Hochschulen in Baden-Württemberg sind seit Jahren massiv unterfinanziert. Qualitativ hochwertige Studienplätze sind so nur für eine kleine „Elite“ gewährleistet, die an besonderen Einrichtungen von der großen Mehrheit der Studierenden abgeschirmt werden soll. Das ist das langfristige Ziel der Hochschulpolitik von FDP und CDU.

SPD

Bildungsfinanzierung ist nach unserer Überzeugung eine Aufgabe des Bundes, der Länder und der Kommunen. Sie ist also ganz entschieden eine staatliche Aufgabe, die mit der vorschulischen Erziehung beginnt und nicht endet mit dem Hochschulstudium, sondern auch Weiterbildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen mit einschließt.

Der Hochschulpakt wird in Baden-Württemberg mit dazu eingesetzt, die zahlreichen Abiturienten in die Hochschulen aufnehmen zu können, die im Jahr 2012 nach acht (G8) beziehungsweise neun Jahren Abitur machen. Wir wissen, dass diese Vorbereitung auf das Jahr 2012 unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung bundesweit als beispielhaft gilt. Unsere Kritik daran fassen wir unter folgenden Aspekten zusammen:

Die Landesregierung verfolgt damit auch Zwecke der Hochschulentwicklung und hat in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Industrie und Handelskammern einen Schwerpunkt dieses Ausbaus auf die Duale Hochschule und die Hochschulen (früher: Fachhochschulen) gelegt. Nach aller Erfahrung wird sich die Nachfrage allerdings eher auf die klassischen Hochschulorte richten und weniger auf die zusätzlich geschaffenen Kapazitäten in kleineren Hochschulstädten. Hier entsteht unter Umständen Korrekturbedarf.

Das Ausbauprogramm berücksichtigt nicht die ca. 13.000 Studienanfänger, die im Wintersemester 2011/2012 dadurch ‚entstehen‘, dass die Wehrpflicht ausgesetzt wird. Die-

se zusätzliche Studienanfängerkohorte wird 2012 in den Hochschulen sein und die Kapazitäten rechnerisch und faktisch entsprechend limitieren. Die Hochschulrektorenkonferenz hat in diesen Tagen Alarm geschlagen und man darf gespannt sein, ob und wie die notwendigen Finanzmittel aufgebracht werden.

Die Landesregierung hat es entschieden abgelehnt, die soziale Infrastruktur (Wohnen, Essen, Betreuung) an den Hochschulen entsprechend dieser zusätzlichen Zahlen auszubauen. Die Folge werden steigende Mieten sein, sowie weitere Anfahrtswege und insgesamt erschwerte Studienbedingungen.

Die kw-Vermerke für die befristet zur Verfügung gestellten Professuren dürfen nach unserer Auffassung nicht automatisch vollzogen werden, sondern nach einer sorgfältigen Prüfung ihrer Folgen. Wenn die hohen Studierendenzahlen ein anhaltendes Faktum bleiben, wofür es mit steigender Studierneigung, den zusätzlichen Studierenden aus der Aussetzung der Wehrpflicht etc. Hinweise gibt, dann müssen diese Stellen belastungsentsprechend bleiben und ggf. in die Grundfinanzierung gehen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass Baden-Württemberg immer noch ‚Studierenden-Exportland‘ ist, d. h. dass mehr Landeskinder in andere Bundesländer gehen, als von dort aufgenommen werden.

Für uns ist die Finanzierung der Hochschulen in Baden-Württemberg unzureichend. Es gibt dafür einen unmissverständlichen Beleg: die Begründung der Hochschulrektoren für ihre Forderung nach Beibehaltung der Studiengebühren, ohne die eine ordnungsgemäße Lehre nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. In der Tat ist es so, dass mit den beiden Solidarpakten, d. h. mit dem Einfrieren der Haushalte und mit der kostenneutralen Einführung der um 10-15% teureren Bachelor/Master-Struktur (Quelle: HRK) die Grundfinanzierung so desolat geworden ist, dass der Zugriff auf die Studiengebühren allgemein geworden ist. Mal abgesehen davon, wie der Begriff „qualitativ hochwertiger Studienplatz“ definiert wird: Wir sind der Auffassung, dass es nicht Aufgabe

der Studierenden sein kann, sich jede Verbesserung ihrer Studiensituation zu erstreiten oder sich eine moderne Laborausstattung oder ergänzende Tutorien durch Interventionen bei

Studiendekanen, der Verwaltung, der Hochschulspitze oder sonstwo zu erkämpfen. Was wir vorfinden, sind also keine qualitativ hochwertigen Studienplätze. Dass unsere Hochschulen

auch in der Lehre überwiegend einen guten bis sehr guten Ruf genießen, ist vielmehr ihrer Bereitschaft und ihrer Fähigkeit zu verdanken, das Beste daraus zu machen.

IV. Hochschulstruktur

Was verstehen Sie unter einer autonomen Hochschule, wie viel darf das Land noch steuern?

Wie sehen Sie die Zukunft der Gruppenhochschule?

Haben sich die Aufsichtsräte/Universitätsräte bewährt? Für wie demokratisch halten Sie die aktuelle Hochschulstruktur?

Bündnis 90/Die Grünen

Hochschulautonomie ist ein gutes und richtiges Konzept. Wo, wenn nicht an der Hochschule, soll Selbstorganisation in Orientierung an gemeinsamen Zielen aller beteiligten Gruppen möglich sein? Leider ist der Begriff seit den 90er Jahren ideologisch aufgeladen worden und zur Autonomie des Ministers gegenüber dem Parlament bzw. des Rektors gegenüber der Hochschulgemeinschaft verkommen. Wir wollen Eigenständigkeit fördern und landesweite Steuerung auf das notwendige Maß reduzieren – wir meinen damit aber die Eigenständigkeit der Hochschulgemeinschaft als Ganzes, nicht die der Hochschulleitung allein, und wir verstecken uns nicht hinter dem Autonomiebegriff, wenn es schwierig wird: Eine Jahrhundertaufgabe wie die Einführung der Bologna-Reform hätte landesweiter Koordination und Begleitung bedurft – unter dem Deckmantel der Autonomie wurden die Hochschulen damit jedoch im Regen stehen gelassen.

Die Konstruktion der Hochschulräte folgt bereits einem falschen Leitbild: Hochschulen sind keine Unternehmen – sie sind an Erkenntnisgewinn orientiert und nicht an Profitmaximierung. Unterschiedliche Ziele brauchen unterschiedliche Strukturen. Hochschulräte in der jetzigen Form sind deshalb von vornherein wenig sinnvoll. Nichts spricht allerdings gegen die Idee, externe Expertise aus der Gesellschaft in die Hochschulen einzubinden. Denn wir wollen Hochschulen, die sich auch mit gesellschaftlich relevanten Fragen beschäftigen, sich mit der Gesellschaft rückkoppeln und Antworten auf Probleme geben, die uns beschäftigen. Dies könnte besser in beratender Form geschehen, ori-

entiert am Modell eines Kuratoriums statt an dem eines Aufsichtsrates. Die Mitglieder eines solchen Kuratoriums müssten verschiedene gesellschaftliche Bereiche abdecken und zu einem erheblichen Teil lokal an den Hochschulstandorten verwurzelt sein, damit sie auch ein ernsthaftes Interesse an der Hochschulentwicklung mitbringen. So könnte die gesellschaftliche Einbindung der Hochschulen gelingen.

DIE LINKE.

Die Autonomie der Hochschulen ist durch die laufenden Hochschulreformen akut gefährdet und bereits schwer beeinträchtigt. Diese Gefährdung besteht heute weniger durch Eingriffe des Staates als vielmehr durch die erzwungene und dann auch im vorseilenden Gehorsam „freiwillige“ und „autonome“ Unterordnung der Hochschulen unter betriebswirtschaftlich-unternehmerische Vermarktungsinteressen der Wirtschaft zur Profitmaximierung. Die Freiheit von Lehre und Forschung gerät dabei auf subtile Weise unter die Räder. Eine wirkliche Autonomie der Hochschulen im Sinne von freier Wissenschaft, Forschung und Lehre kann sich nur unter dem Schutz des Staates entwickeln, der die Hochschulen davor bewahren muss, durch profitorientierte Kapitalverwertungsinteressen zuge richtet und gesteuert zu werden.

Was heute unter der Bezeichnung „Gruppenhochschule“ firmiert, entspricht den Standards einer vormodernen Ständeordnung, deren demokratische Qualität zweifelhaft ist. Die verschiedenen „Stände“ oder „Gruppen“ können zwar Vertreter benennen, dabei hat sich aber der „höchste“ Stand (in diesem Fall die Professoren-schaft) von vornherein statuarisch die absolute Mehrheit der Sitze gesichert.

Die Vertreter der anderen Stände oder „Gruppen“ sind eher eine kosmetische Staffage und haben unter einem solchen Regime keinen wirklichen Einfluss. Zudem nimmt der Stand der Professoren-schaft teilweise auch noch ganz erheblichen Einfluss darauf, welche Vertreter die anderen Stände entsenden, indem Abhängigkeitsverhältnisse ausgenutzt werden. Wenn die Universitäten eine „Schule der Demokratie“ sein sollen, dann muss an diesen Zuständen etwas sehr grundlegend geändert werden. Es sind die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, um die garantierte oligarchische Dominanz eines „obersten“ Standes zu beenden. Die Reformunfähigkeit der Hochschulen (einschließlich der Tatsache, dass die Fortdauer des Alten mit immer neuen Scheinreformen kaschiert wird), erklärt sich vor allem durch dieses Versäumnis der bislang regierenden Parteien. Keine Lösung ist es allerdings, die Oligarchie durch das bonapartistische Regime eines „starken Rektors“ zu ersetzen, oder die Universität über „Aufsichtsräte“ gar externen Profitinteressen auszuliefern. Allein eine konsequente Demokratisierung der Hochschulen ist für DIE LINKE ein zukunftsweisender und innovativer Weg.

Siehe unsere Antwort auf die vorausgehende Frage. In den so genannten „Aufsichtsräten“, zuweilen auch „Universitätsräte“ genannt, dominieren die profitorientierten Interessen von Konzernen. Sie sind nicht demokratisch legitimiert. Das führt zu einer problematischen Fremdbestimmung von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

SPD

Die SPD sieht in der Hochschulautonomie ein wichtiges und leistungs-

fähiges Ordnungsinstrument, das zu einer Wissenschaftspolitik beiträgt, in der die Hochschulen ihre Angelegenheiten eigenständig und entsprechend ihrer Notwendigkeiten entscheiden können. Nicht entfernt agierende Parlamente oder Bürokratien sollen entscheiden, sondern sachkundig Betroffene und insofern unterstützen wir das Prinzip der Hochschulautonomie. Wie jedes Prinzip hat die Hochschulautonomie allerdings auch ihre Grenzen. Uneingeschränkte Autonomie würde z. B. zu völlig uneinheitlichen Studiengängen führen. Uneingeschränkte Autonomie würde keine verlässlichen, rechtsbeständigen Berufungsverfahren garantieren. Uneingeschränkte Autonomie würde zu einer völlig unabgestimmten Entwicklung der einzelnen Hochschulen führen – und uneingeschränkte Autonomie würde am Ende mit allen finanziellen Konsequenzen das Land und die Steuerzahler in die Pflicht nehmen, die ja in unbeschränkter Gewährträgerschaft für die Hochschulen stehen. Die Konsequenz, die wir als SPD daraus ziehen, findet in der folgenden Formel den angemessenen Ausdruck: soviel Hochschulautonomie wie möglich, soviel staatliche Steuerung und Einflussnahme wie notwendig.

Die Gruppenhochschule entspricht nach unserer Auffassung Humboldts Diktum, das die Universität als die „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ bezeichnet. Gemeinschaft bedeutet gleichberechtigte

Teilnahme und die Unterscheidung zwischen Lehrenden und Lernenden gibt einen Hinweis darauf, wie sich Hierarchie legitimieren muss: nämlich inhaltlich, im Wissens- und Erkenntnisvorsprung der Lehrenden vor den Lehrenden. Dieser Vorstellung steht ein Bundesverfassungsgerichtsurteil entgegen, das eine professorale Mehrheit in den Hochschulgremien zwingend verlangt. Die SPD will versuchen, im Rahmen dieses Urteils die ‚universitas‘ von Lehrenden so weit als möglich zu erhalten.

Die Aufsichtsräte an den Hochschulen sind Ausdruck einer Auffassung, die dem Bild der ‚unternehmerischen Hochschule‘ huldigt. Wenn ‚unternehmerische Hochschule‘ bedeutet, möglichst effizient und verantwortungsvoll mit den anvertrauten Ressourcen umzugehen, dann haben wir in der SPD kein Problem mit diesem Begriff. Wenn ‚unternehmerische Hochschule‘ aber bedeutet, Entscheidungen über Wissenschaft von Renditeerwägungen abhängig zu machen, dann erachten wir dieses Konzept als grundsätzlich schädlich und wissenschaftsfremd. Die Aufsichtsräte sollten externen Rat in die Beratungs- und Entscheidungsprozesse der Hochschulen bringen. Die Realität ihrer Praxis wird an den Hochschulen hinter vorgehaltener Hand außerordentlich desillusioniert beschrieben: In der Regel finden sich völlig überlastete Firmenvertreter ein, die sich, wenn überhaupt, Unterlagen zu Rate ziehen, die im Rektorat vor-

bereitet wurden, das eigentlich ihrer Kontrolle unterliegt. Und eher regelmäßig als selten sind die Anrufe im Rektorat, die vor der Komplexität der Themen und der Zeitnot resignieren und um Entscheidungshilfe bitten. Und wenn sich die Aufsichtsräte tatsächlich einmal massiv und konkret engagieren, in Personalfragen nämlich, geraten sie immer wieder in Konflikt mit den Gremien der Hochschulen, die andere Vorstellungen über die Frau oder den Mann haben, der für ihre Spitze adäquat ist. Die Folge ist Instabilität und Konflikt. Mit dieser Situation können aus unserer Sicht noch nicht einmal jene zufrieden sein, die von Aufsichtsräten an Hochschulen eine höhere Entscheidungs- und Managementqualität erwartet hatten. Nach unserer Auffassung sollte diese Außensteuerungsmöglichkeit die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Gruppen innerhalb der Hochschulen einschränken. Allein schon diese Ausgrenzungsabsicht hatte eine desintegrative Wirkung und führte dazu, dass die Identifikation mit der Korporation abgenommen hat – wer aus der Mitsprache verbannt wird, entzieht sich im selben Maße der Mitverantwortung. Aus diesem Grund ist die Gruppenuniversität für uns kein Konstrukt, dem die SPD nur aus der Tradition ihrer Hochschulpolitik verpflichtet ist; die Gruppenuniversität liegt vielmehr im vitalen Interesse von intrinsisch motivierten Wissenschaftseinrichtungen und ihrer Leistungsfähigkeit.

V. Studienstruktur

Welche Auswirkungen hat die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge auf die Bildung?

Ist der Bachelor ein berufsqualifizierender Abschluss und halten Sie ihn für einen akademischen Abschluss?

Sollten alle studieninteressierten BachelorabsolventInnen einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz haben?

Bündnis 90/Die Grünen

Grundsätzlich befürworten wir die Ziele der Bologna-Reform, die Studierende in den Mittelpunkt stellen, mehr Mobilität ermöglichen und mit ihrem Fokus auf Kompetenzen statt auf Fachwissen sowohl die Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden verbessern, als auch ihre Entwicklung zu verantwortlichen und mündigen Staatsbürgern fördern sollte. Nichtsdestotrotz müssen wir mehrere Jahre nach Einführung der gestuften Studiengänge konstatieren, dass die Um-

setzung von Bologna in Baden-Württemberg grandios gescheitert ist. Ein schnelles Umsteuern wäre erforderlich, wenn die Reform nicht trotz ihrer hehren Ziele vollends an die Wand gefahren werden soll.

Die Landesregierung hat von den Hochschulen verlangt, Bachelor und Master quasi nebenher im laufenden Betrieb und noch dazu kostenneutral einzuführen und sie mit den vielfältigen Problemen, die daraus entstanden sind, im Regen stehen gelassen. So kann das nicht funktio-

nieren – mit der Folge, dass nun zu recht viele Bachelor-Studiengänge verschult, überfrachtet und letztlich nicht studierbar sind. Für uns Grüne ist die Konsequenz daraus aber nicht, das Rad wieder zurückzudrehen und zurück zum alten System zu wollen. Denn auch wenn das Studieren vor Bologna heute gerne glorifiziert wird, waren viele Probleme wie schlechte Betreuungsrelationen und Massenabfertigungen in überfüllten Hörsälen auch in Magister- und Diplomstudiengängen bereits vorhanden. Hohe

Studienabbrecherquoten haben auch damals schon deutlich gemacht, dass eine Reform dringend angezeigt wäre. Jetzt gilt es eher, die Reform zu überarbeiten und noch auf den richtigen Weg zu bringen. Die Aufhebung der starren Begrenzung auf 10 Semester Regelstudienzeit für Bachelor und konsekutiven Master wäre dazu ein wichtiger Schritt. Vor allem aber die nötige Ausstattung an Zeit und Geld sowie die Einbindung der studentischen Expertise bei der Konzeption von Bachelorstudiengängen sind Voraussetzungen, damit der Bachelor ein berufsqualifizierender und akademischer Abschluss sein kann. Dafür setzen wir uns ein. Die Wiedereinführung von Diplomiteln durch die Hintertür würde genauso wie ein Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz gerade das Gegenteil bewirken: eine faktische Abwertung des Bachelors zum Vordiplom. Beide Maßnahmen würden daher den Sinn des Bologna-Prozesses konterkarieren. Statt einem Rechtsanspruch auf einen Masterplatz fordern wir den bedarfsgerechten Ausbau der Masterstudienplätze, so dass alle Studierenden, die nach dem Bachelor weiter machen wollen, dazu auch die Möglichkeit erhalten – ohne den Bachelor dabei zu entwerten.

Bologna macht nur Sinn, wenn es Mobilität nicht nur verspricht, sondern auch realisiert. Dass Bachelor-Absolventen der FH auch an Universitäten zum Master zugelassen werden und dass der Master der FH auch zur Promotion an der Universität qualifizieren sollte, ist vor diesem Hintergrund selbstverständlich.

DIE LINKE.

Die Folge ist eine deutliche Qualitätsminderung, wenn selbständig denkende und kritisch fragende Hochschulabsolvent/innen das Ziel sind. Hauptgrund dafür ist die mit der Bachelorisierung einher gehende Verschulung des Universitätsbetriebs. Sie bedeutet weniger individuelle Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Studierenden und mehr „Stoff“ in weniger Zeit, der schnell zu reproduzieren statt kritisch zu hinterfragen ist. Das senkt das Bildungsniveau. Hinzu kommt, dass mit der Einführung des Bachelor von vornherein beabsichtigt

war, einem Teil der Studierenden die Möglichkeit von tiefer gehenden Studienerfahrungen zu nehmen, durch Beschränkungen bei den daran anschließenden Master-Studiengängen. Politisch geboten ist eine mutige Rückabwicklung dieser verkorksten Hochschulreform.

Alle Abschlüsse, die an Hochschulen vergeben werden, sind per Definition akademische Abschlüsse, so auch der Bachelor. Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass auch die Bezeichnung „berufsqualifizierend“ in ähnlicher Weise rein definitionsmäßig ist, weil die Absolventen dann auf den Berufsmarkt entlassen werden. Die Vorstellung, der Abschluss würde zu einem bestimmten Beruf „qualifizieren“, ist allein schon deshalb unsinnig und irreführend, weil zahlreiche Studiengänge gar nicht auf ein gut definierbares Berufsfeld hinzielen (vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften). „Universitäten“ im ursprünglichen Sinn des Wortes zielen auf Bildung ab, nicht auf „Ausbildung“ für einen bestimmten Beruf. Für Berufsausbildung gibt es traditionell andere Bildungsinstitutionen. Für alle Berufe, in denen selbständiges kritisches Denken und Gestalten gefragt ist, vermittelt der Bachelor denkbar schlechte Voraussetzungen aufgrund des verschulten Charakters der Studiengänge, in denen vorgegebene Inhalte schnell angeeignet und reproduziert werden sollen. Selbständiges Denken, Auswählen und Werten wird so nicht trainiert.

Ja, auf jeden Fall sollte ein Rechtsanspruch auf einen Masterplatz bestehen. Und zwar einer, der tatsächlich einklagbar sein muss.

SPD

Die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge hat insgesamt eine enorme Verdichtung des Stoffes, einen kürzeren Takt bei den studienbegleitenden Prüfungen und insgesamt einen deutlich höheren Leistungsdruck aus dem Studienfach im engeren Sinne gebracht. Auf der Strecke geblieben sind Auslandsaufenthalte, studienbegleitende Praktika, das Studieren an den „Rändern“ der Fächer – kein Wunder, dass dabei erst recht der Bildungsgehalt des Studiums auf der Strecke bleibt. Wir sind

der Auffassung, dass ein Hochschulstudium nicht auf die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten reduziert sein darf. Über ein Hochschulstudium qualifizieren sich in unserer Gesellschaft ihre sogenannten ‚Leistungsträger‘, deren Wirken aus unserer Sicht nicht gesellschaftsnützlich werden kann, wenn ihnen an unseren Hochschulen die Bildung vorenthalten wird. Wir setzen darauf und werden uns dafür einsetzen, dass die überfällige Reform der Bologna-Reform der Bildung wieder zum Recht verhilft.

Der Bachelor kann ein berufsqualifizierender Abschluss sein (und er ist durch die gesetzlichen Regelungen ein akademischer Abschluss), aber er ist nicht zwingend berufsqualifizierend. Diese These berührt ein Kernproblem des Bologna-Prozesses bzw. seiner Durchsetzungspraxis in Deutschland. Man hat sich hier dafür entschieden, diesen Prozess mit der Brechstange und einem Verfallsdatum zu beschleunigen und, was ganz entscheidend ist, unter der Vorgabe der nominellen Gleichbehandlung. Die Fiktion heißt bis heute: Der Bachelor von einer Dualen Hochschule, von einer (Fach)Hochschule, von einer Pädagogischen Hochschule oder von einer Universität gibt dieselben Berechtigungen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und im Hinblick auf ein weiteres Studium. Diese Annahme würde inhaltliche und quantitative Übereinstimmung voraussetzen und an dieser Voraussetzung fehlt es. An dieser Stelle braucht es Beispiele, um den Widerspruch zwischen Fiktion und Realität erkennbar zu machen. Um Bachelor-Studiengänge zu organisieren, war es an den Fachhochschulen notwendig, den bisherigen Diplom-Studiengang um ein Semester zu reduzieren und in der Regel dürfte dann auch Berufsfertigkeit vorliegen, auch in der Beurteilung durch den Arbeitsmarkt. Ganz anders an den Universitäten: wenn, wie zum Beispiel in der Physik, der Arbeitsmarkt als berufsbefähigende Qualifikation die Promotion voraussetzt, dann dürfte klar sein, dass der Bachelor in diesem Fach eben als berufsbefähigend bezeichnet werden kann. Man muss nicht so weit gehen wie der Rektor einer renommierten baden-württembergischen Universität, der davon spricht, dass der Bachelor an seiner

Hochschule dem früheren Vordiplom entspräche und der Master-Abschluss der Regelabschluss sei und die ‚eigenen‘ Bachelor-Absolventen bevorzugt zum Masterstudium zugelassen werden, weil sie profilpassend seien und qualitativ entsprechend vorbereitet. Diese Differenz zwischen Realität und Fiktion wollte die SPD-Fraktion seinerzeit berücksichtigen, als im Landtag die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung des Bologna-Prozesses geschaffen wurden. Unsere Vorstellung und unser Antrag war, die Entscheidung, welche Studiengänge zu welchem Zeitpunkt in die Bachelor-/Master-Struktur genommen werden, in die Hände der Hochschulen zu legen. Dann wäre gewährleistet gewesen, dass die völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen hätten berücksichtigt werden können. Oder anders: Die Fachhochschulen hätten die Möglichkeit gehabt, so zu verfahren wie sie es getan haben, die Universitäten aber hätten z. B. Studiengänge wie die Internationale Politik sofort ‚bolognisieren‘ können, während andere Fächer wie Physik oder Chemie oder die Klassische Philologie (mit dem Erwerb drei alter Sprachen) später und nach den guten Erfahrungen mit anderen Studiengängen herangezogen worden wären. Der Vorwurf, wir würden mit unterschiedlichem Tempo hoffnungslose Unübersichtlichkeit riskieren, ist durch die Realität widerlegt – unser Vorschlag hätte das

jetzt eingetretene und sich weiter verschärfende Tohuwabohu weitgehend vermieden, weil er für transparente Strukturen und Verfahren gesorgt hätte. Die Frage, ob der Bachelor-Grad als ein akademischer Abschluss empfunden wird, entspricht nicht mehr der „post Bologna“-Gesetzeslage in Baden-Württemberg. Das Gesetz spricht nur noch von Hochschulabschlüssen, Bachelor-Abschlüssen und Master-Abschlüssen. Insofern ist die Antwort auf die Frage, ob der Bachelor-Abschluss akademische Qualität hat, mehr oder weniger eine Geschmacksfrage, die an die traditionsreiche Diskussion über das Verhältnis von Fachhochschulen (= angewandt) und Universitäten (= wissenschaftlich) rührt und wiederum traditionsgemäß je nach Interessenlage beantwortet wird. Signifikante Erkenntnis verspricht sie (heute) nicht mehr.

Es gibt, insbesondere in den universitären Bachelorstudiengängen, zahlreiche Beschäftigungsfelder, in denen Absolventen mit diesem ersten Abschluss kein berufliches Unterkommen finden – und seien sie noch so überragend qualifiziert. Dort ist ein anschließendes Master-Studium zwingend. Andererseits gibt es Beschäftigungsfelder, in denen die Bachelor-Grade ohne weiteres als Diplom-äquivalent anerkannt sind. Dort käme kein Absolvent auf die Idee, sich direkt anschließend in ein Master-

Studium zu immatrikulieren. Diese beiden Beispiele beschreiben die Pole, in denen sich die Entscheidung pro oder contra Master-Studium bewegt. Wir ziehen daraus den Schluss, dass jenen die Möglichkeit zum Weiterstudium garantiert werden muss, die mit dem Bachelor keinen beruflichen Anschluss finden (einen entsprechenden Antrag auf Änderung des Hochschulgesetzes haben wir im Landtag eingebracht). Dies entspricht unserem Verständnis von politischer Verantwortung: Wenn die Politik ungeeigneten Studiengängen und ihren Studierenden in Kenntnis der Risiken bewusst die Bachelor-Struktur zudiktieren, dann ist sie verpflichtet, im Falle von Negativ-Erfahrungen oder gar des partiellen Scheiterns Abhilfe zu schaffen. Dass damit vielleicht das finanzielle Kalkül nicht aufgeht, achtzig Prozent der Studierenden nach dem Bachelor als Kostenverursacher aus dem ‚System‘ zu nehmen und aus den restlichen 20 Prozent in den Master-Studiengängen wissenschaftlichen Nachwuchs zu kreieren, entbindet nicht von dieser politischen Verantwortung, sondern erhöht sie. Wir sind jedenfalls der Überzeugung, dass die von der Politik geschaffenen Bedingungen im „Labor Bologna“ nicht auf dem Rücken einer Studierendengeneration ausgetragen werden dürfen, die am historischen Zufall leidet, dass sie in diese Jahre hineingeboren wurde.

VI. Frauen- und Geschlechtspolitik

Wie wollen Sie die Diskrepanz zwischen Studentinnenzahlen im Vergleich zur Anzahl der Frauen bei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und dem Lehrpersonal Einfluss nehmen (gläserne Decke)?

Bündnis 90/Die Grünen

Es ist offenkundig, dass das Problem der gläsernen Decke existiert. Allerdings nehmen wir auch positive Anzeichen dafür wahr, dass Programme zum Abbau der Diskrepanz Wirkung zeigen. Konsequenz daraus kann nur sein, eben solche Programme zu stärken und Anreize für wissenschaftliche Karrieren bei Frauen zu verbessern. Eine Grundvoraussetzung dafür sind personell und finanziell gut ausgestattete Gleichstellungsstellen, die über die Ressourcen verfügen, ihren Auftrag nicht nur pro forma wahrzunehmen.

Zentrale Stellschraube sind alle

Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, also Kinderbetreuungsangebote, aber auch mehr unbefristete oder zumindest auf längere Zeit befristete Stellen im Mittelbau, um Wiedereinstiege nach einer Babypause zu erleichtern.

Darüber hinaus fordern wir, für sämtliche Hochschulgremien eine Frauenquote von mindestens 40 % verbindlich festzuschreiben.

DIE LINKE.

Solange man nicht direkt die Ursachen dieses Problems bekämpft (z.B. die tendenzielle Unvereinbarkeit einer Universitätskarriere mit einer Familiengründung), wäre die

einzige Möglichkeit einer Lösung, die schnellen Erfolg verspricht, die Einführung einer strikten Quotierung für Frauen. DIE LINKE wünscht sich, dass die hoffentlich bald existierende Verfasste Studentenschaft in Baden-Württemberg diese Frage aufgreift. Sicherlich ist hier eine ganze Palette von Maßnahmen erforderlich, da es sich letztlich um eine gesamtgesellschaftliche Problematik handelt, nicht nur um eine rein hochschulpolitische. DIE LINKE fordert in ihrem Wahlprogramm spezielle Förderprogramme für Frauen an Hochschulen.

SPD

keine Antwort

VII. Sonstiges

Wie stehen sie zur Erhöhung des elternunabhängigen Büchergeldes für StipendiatInnen?

Haben sie ein Konzept zur ökologischen Umgestaltung der Hochschulen?

Inwieweit halten Sie militärische Forschungen an Hochschulen vertretbar?

Bündnis 90/Die Grünen

Die Erhöhung des elternunabhängigen Büchergeldes für StipendiatInnen beurteilen wir kritisch: Auch wenn viele Stipendien knapp bemessen sind, sind StipendiatInnen im Vergleich zu anderen Studierenden in der Regel in einer wesentlich komfortableren Situation. Das Geld wäre daher besser investiert gewesen, wenn man es in zusätzliche Stipendien gesteckt hätte, als es denen zukommen zu lassen, die ohnehin bereits unterstützt werden.

Wir verfolgen das Leitbild der nachhaltigen Hochschule und wollen diese sowohl inhaltlich als auch infrastrukturell ökologisch umgestalten. Dazu müssen schnell Maßnahmen getroffen werden, um den Sanierungsstau im Gebäudebestand abzubauen, der – vor allem im Wärmebereich – viel Geld kostet und große Emissionsmengen verursacht. Als ein kostenneutrales Instrument würde sich hier der konsequente Einstieg in Contracting-Modelle anbieten. So könnten Kosteneinsparungen mit positiven ökologischen Effekten und Impulsen für die regionale Wirtschaft verknüpft werden. Um baden-württembergische Hochschulen auch inhaltlich stärker an ökologischen

Zielen zu orientieren, wollen wir nach der Wahl zügig ein Netzwerk für Nachhaltige Wissenschaft etablieren und so die Unterstützungsstrukturen für diejenigen stärken, die in diesem Bereich innovative Wege beschreiten.

Geld für militärische Forschung ist unserer Ansicht nach schlecht investiert. Wir unterstützen daher Hochschulen, die in ihrem Selbstverständnis der Forschung für militärische Zwecke eine klare Absage erteilen. Klar ist, dass schon verfassungsrechtlich aufgrund der Freiheit von Forschung und Lehre kein Verbot militärischer Forschung an Hochschulen möglich ist. Dieses würde ohnehin wenig Sinn machen – denn der größte Teil der Forschungsergebnisse, die militärisch verwertet werden, stammt aus dem Dual Use-Bereich, ist also nicht eindeutig als militärisch klassifizierbar und wäre von einem entsprechenden Verbot daher gar nicht betroffen.

DIE LINKE.

Das ist unsozial, viel sinnvoller wäre es gewesen mit diesen Mitteln eine Bafög-Erhöhung vorzunehmen. So profitieren nur diejenigen, die über Eltern und Stipendium ohnehin schon über ausreichende Mittel verfügen, während alle anderen Studierenden,

die das Geld viel nötiger hätten, leer ausgehen. Letztlich handelt es sich bei dieser Maßnahme der Bundesregierung um nichts Anderes als FDP-Klientelpolitik, auf dem Rücken der großen Mehrheit der Studierenden.

Dies ist nach Auffassung der LINKEN vor allem eine Frage der Forschungs- und Technologieförderung. Fördergelder, die bis jetzt der Atomwirtschaft oder der Verbrennung klimaschädlicher fossiler Energieträger zufließen, müssen auf die Förderung der Nutzung regenerativer Energieträger umgelenkt werden. Das betrifft u.a. auch die Hochschulpolitik. Siehe Kapitel 8 unseres Wahlprogramms „Für die soziale und ökologische Wende jetzt!“ (S. 39-45).

DIE LINKE fordert in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg (S. 19): „Einführung von Zivilklauseln (Forschung und Lehre nur für friedliche und zivile Zwecke) in die Grundordnungen der Hochschulen und in das Landeshochschulgesetz“. Wenn wir dies im Landtag durchsetzen können, wären militärische Forderungen an Hochschulen ausgeschlossen.

SPD

keine Antworten

Am 27. März in einem Wahllokal in deiner Nähe:

Landtagswahl Baden-Württemberg 2011

Geht wählen!

Mehr Recyclingpapier am KIT

von David Schiebener

Recyclingpapier ist umweltfreundlich – ich erwähne das hier sicherheitshalber nochmal, da mir tatsächlich vor einer Weile jemand über den Weg gelaufen ist, der anderer Meinung war. Verglichen zur Herstellung von Frischfaserpapier, also neuem Papier direkt aus Holz, reduziert sich bei der Herstellung von Recyclingpapier der Wasserverbrauch auf nur ca. 20% und der Stromverbrauch auf 30-40%. Außerdem sind wesentlich weniger und insbesondere harmlosere Chemikalien dazu notwendig. Als „Bonus“ kommt natürlich hinzu, dass keine Bäume dafür gefällt werden müssen. Dass Bäume ziemlich hilfreich für unser Überleben und ziemlich wichtige Verbündete gegen den Klimawandel sind, wird wohl niemand bestreiten wollen.

Auch die in den 90ern aufgetretenen Schwierigkeiten mit manchen Druckern, die durch feine, sich vom Recyclingpapier lösende Fasern entstanden, sind inzwischen nur noch als historische Anekdote interessant. Gegen die allgemeine Verwendung von Recyclingpapier spricht also eigentlich nichts, außer der Vorliebe vieler Menschen für leuchtend weißes Papier. Selbst das ist eigentlich kein Hinderungsgrund; Recyclingpapier lässt sich mittlerweile in beliebigen



Weißegraden herstellen. Allerdings ist der Verbrauch an Chemikalien natürlich umso geringer, je dunkler das Papier ist.

Nach diesem kleinen Prolog nun zum eigentlichen Inhalt dieses Artikels. Vor geraumer Zeit bildete sich unter den Mitarbeitern der Universität eine Initiative, die sich dafür einsetzt, dass an der ganzen Uni möglichst nur Recyclingpapier verwendet werden soll. Auch das Studierendenparlament hat in den vergangenen Jahren den Einsatz für mehr Recyclingpapier stets in das Arbeitsprogramm des UStA aufgenommen. In diesem Herbst konnte die dementsprechend vom UStA unterstützte Recyclingpapierinitiative, der sich bis dahin viele Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter angeschlossen hatten, endlich einen Erfolg verbuchen: Das Präsidium hat

offiziell beschlossen, dass am ganzen KIT von nun an soweit wie möglich Recyclingpapier verwendet werden soll. Auch extern gedruckte Publikationen wie das Vorlesungsverzeichnis, Werbung etc. sollen zukünftig auf Recyclingpapier gedruckt werden.

Die spannende Frage ist jetzt natürlich, welche Auswirkungen dieser Beschluss haben wird. Letztlich muss sich immer noch jedes Institut selbst für Recyclingpapier entscheiden, da es sich eher um ein „Naheliegen“ als um eine Anordnung handelt. Lediglich auf die zentralen Einrichtungen wird durch diese Entscheidungen ein gewisser Druck ausgeübt – was angesichts der Papiermengen, die die seit KIT-Gründung angelaufene Propagandaabteilung ausspuckt, schon durchaus einen respektablen Unterschied machen dürfte. Der UStA wird jedenfalls in der nächsten Zeit insbesondere die zentralen Einrichtungen in dieser Hinsicht im Auge behalten und gegebenenfalls mahnende Worte an die Verantwortlichen richten.

Wenn ihr zu Hause auf Recyclingpapier druckt, dann bietet der UStA schon seit geraumer Zeit einen komfortablen Service für euch: An unserer Theke im Mensafoyer könnt ihr wochentags von 11:30 bis 14:00 Uhr Recyclingpapier für eure Drucker kaufen.



Papierrecycling in Ponte a Serraglio

Fassadenbau

Wie es um das KIT steht – und was das mit uns Studis zu tun hat

von Andreas Wolf

Frisst der Forschungserfolg die Lehre?“ – so titelte die BNN Ende Oktober vergangenen Jahres. Damit war öffentlich geworden, was vorher schon Monate intern diskutiert worden war: Das KIT hat ein großes Finanzproblem. Inzwischen ist auch bekannt, wie groß das Loch wirklich ist; in einer „mittelfristigen Finanzplanung“ des KIT bis 2014 spricht man von bis zu 14 Millionen Euro. Pro Jahr, wohlgermerkt.

Das Präsidium hat bisher öffentlich nur geäußert, dass die Karlsruher Finanzkrise durch den enormen Zuwachs von Drittmittelprojekten entstanden ist. So stand es jedenfalls in besagter BNN-Ausgabe. Dazu muss man wissen, dass die Projekte, die aus Drittmitteln (also von externen Geldgebern, egal ob privat oder öffentlich) finanziert werden, immer nur sehr wenige oder gar keine Mittel für Infrastruktur enthalten – es wird einfach vorausgesetzt, dass die schon da ist. Ausgaben für Gebäude, Technik und teilweise Personal müssen also von der Uni anderweitig finanziert werden. Dafür geht im Zweifel also Geld drauf, das die Universität vom Land bekommt, der sogenannte Landeszuschuss zum Universitätshaushalt. Die Begründung klingt soweit plausibel, wenn man sich das gestiegene Drittmittelaufkommen ansieht: von 80 Millionen Euro in 2006 auf 140 Millionen im Jahr 2010.

Gleichzeitig zu diesem Mehraufwand für eine Vielzahl von neuen Forschungsprojekten, Exzellenz-Clustern, KIT-Zentren usw. gab es aber bisher kaum Synergieeffekte, die wirklich zu Einsparungen geführt hätten. Im Gegenteil ist der Wasserkopf an manchen Stellen sogar noch viel größer geworden. So kennt die Ausgabenwut bei der Öffentlichkeitsarbeit nahezu keine Grenzen. Es gibt eine Flut von neuen Hochglanzmagazinen (KIT-Di-
alog, Look|KIT, Research to business) und -broschüren zu allen möglichen Themen. Bei Clustern, Zentren und Programmen gibt es ebenfalls immer

weitere Zuwächse. Vieles davon ist finanziert aus Geldern der Exzellenzinitiative, die aber nur befristet zur Verfügung stehen – danach müssen andere Gelder her oder man muss die Projekte einstellen.

Hinzu kommt noch, dass bei Gründung des KIT eine strikte Trennung der Finanzen von Campus Nord und Campus Süd vereinbart wurde. Damit können keine Gelder des Bundes oder der Helmholtz-Gemeinschaft (Betreiber des ehemaligen Forschungszentrums) in den Universitätsteil fließen. Teilweise wird aber auch argumentiert, dass eine solche Vermischung aus verfassungsrechtlichen Gründen gar nicht möglich sei. Letztlich bleibt das aber eine Frage für Juristen, nicht für Verwaltungsbeamte oder das Präsidium.

Eine schön glänzende Fassade hat man am KIT erfolgreich aufgebaut. Dahinter bröckelt es aber an allen Ecken gewaltig. Teilweise kann man das durchaus wörtlich nehmen – in einigen Verwaltungsabteilungen sind seit KIT-Gründung alle leitenden Mitarbeiter gegangen. Damit ist enorm viel Know-How abgeflossen, das erstmal nicht zu ersetzen ist. Teilweise werden die freigewordenen Stellen auch gar nicht neu besetzt (Sparwänge, ihr wisst schon), so dass die Arbeit – die sicher nicht weniger geworden ist – vom verbleibenden Personal erledigt werden muss. Die Folgen bekommen wir alle schon zu spüren, mit Verzögerungen bei Anträgen ans Studienbüro, bei neuen Prüfungsordnungen und überhaupt immer dann, wenn die zentrale Verwaltung irgendwie ins Spiel kommt. Dazu kommt eine unglaublich schlechte Stimmung, die sich in weiten Teilen von Verwaltung und Fakultäten breit gemacht hat – und die größtenteils daher kommt, dass das Präsidium vieles anschiebt, aber fast nichts zu Ende bringt. Damit bleiben offene Baustellen an allen Ecken und Enden und Mitarbeiter, die mit Gerüchten und Halbwissen abgespeist werden. Konkrete Entscheidungen lassen auf sich warten. Das erzeugt enorme Un-

sicherheit und eben Frust, den wir in allen Gremien immer wieder zu spüren bekommen.

Aber nicht nur in der Verwaltung knirscht es gewaltig. Die Lage in der Lehre ist seit Jahren enorm angespannt. Grund dafür ist u.a., dass das Land seit Mitte der 90er-Jahre den Universitäten nur noch einen festen Zuschuss zu ihren Kosten zahlt. Dieser wurde zwischenzeitlich zwar um die Tarifierhöhungen angepasst, allerdings wurden auch Personalstellen eingespart. Für Sachmittel gab es keinen Inflationsausgleich, so dass dieser Teil nominell um ca. 20 % gekürzt wurde. Die Lehre ist also inzwischen massiv von externen Geldern abhängig, nur mit Stellen aus Landesmitteln wären unsere Studiengänge nicht zu stemmen. Bachelor und Master haben die Lage nochmals verschärft.

Ein interessantes Schmankerl am Rande ist übrigens, dass man die fehlenden Millionen angeblich im Zuge der Umstellung der Buchhaltung von Kameralistik auf doppelte Buchführung entdeckt hat. Vorher hatte man in mehreren Jahren sogar Überschüsse angehäuft, die jetzt verhindern, dass die Einsparungen noch krasser ausfallen müssen. Trotzdem wurde dem damaligen Kanzler (Verwaltungschef der Uni) Ertmann, der 2008 gegangen ist, von einigen hochgestellten Verwaltungsmenschen im letzten Jahr unterstellt, er hätte unsauber gewirtschaftet. Dieser Verdacht mutet ungeheuerlich an – immerhin hatte das KIT bis 2009 satte Überschüsse zu verbuchen, erst danach kam der Einbruch.

Um für Ruhe im Boot zu sorgen, war das Präsidium nach der BNN-Berichterstattung natürlich um Schadensbegrenzung bemüht. So wurde bei einer gemeinsamen Sitzung von Aufsichtsrat und Senat von Präsident Umbach verkündet, die Lehre werde unter den nötigen Einsparungen nicht leiden. Die Botschaft wurde wohl gehört – allein fehlt vielen der Glaube, um es mit Goethes Faust zu sagen.

Alarmstufe: Rot

Wie die Lehre am KIT verhökert wird. Ein Kommentar.

von Andreas Wolf

Jetzt ist es also raus: Das KIT hat ein enormes Finanzproblem, und bluten soll dafür erwartungsgemäß vor allem die Lehre. Nichts anderes wird nämlich passieren, wenn die bisher bekannt gewordenen Pläne des Präsidiums Realität werden. Unter Kürzungen bei den vom Land finanzierten Stellen, oder auch bei den Flächen, die den Instituten zugewiesen sind, wird natürlich die Lehre leiden, alles andere ist Augenschere. Für Forschungsprojekte lassen sich im Zweifelsfall auch Drittmittel einwerben, und wenn man nicht den Druck hat, jedes Projekt zu jedem Preis annehmen zu müssen, dann kann man auch Preise erzielen, die es erlauben, alle Kosten zu finanzieren. Die Lehre muss dagegen fast vollständig aus Landesmitteln finanziert werden. Mit denen aber muss man jetzt das strukturelle Finanzproblem beheben. Ein Problem, das uns von einem unkontrollierten Wachstum an nicht vollständig finanzierten Drittmittel-Forschungsprojekten und anderen Spielereien des Präsidiums erst beschert wurde.

Das wirklich perverse an der Situation ist, dass die Misere zu einem großen Teil aus den Erfolgen in der Exzellenzinitiative kommt. Dafür, dass wir uns (Forschungs-)Elite-Universität nennen dürfen, wird jetzt die Lehre zurückgefahren. Ich hoffe, dass jetzt endlich alle Studis aufwachen, die sich wer weiß was darauf einbilden, an einer Elite-Universität

studieren zu dürfen. Je höher man in der Hierarchie dieses Ladens kommt, desto mehr wird die Lehre zu einer Marginalie, einer fast lästigen Pflichtaufgabe degradiert. Was zählt, ist Forschung. Die Lehre folgt ihr. Dieser Slogan ist zwar vom Präsidium offiziell eigentlich anders gemeint, aber man kann ihn wohl durchaus auch als Indikator für die Prioritäten nehmen. Dass die Innovation, die angeblich dritte Säule des KIT (und meines Erachtens ein völlig inhaltsleerer Schwachsinnbegriff) nicht noch vor der Lehre rangiert, ist dann auch alles.

Wie genau die Sparmaßnahmen aussehen werden, ist noch völlig unklar, jedenfalls lässt sich das Präsidium noch nicht herab, dazu etwas zu entscheiden. Da die Fakultäten teilweise schon seit Jahren an der absoluten Schmerzgrenze operieren (das aber den Studis nicht zeigen), kann der Knall jetzt eigentlich nur umso heftiger ausfallen. Was derzeit diskutiert wird, ist nicht einmal mit den Fakultäten ausgearbeitet worden, sondern ausschließlich zwischen Präsidium und den zuständigen Abteilungen abgekartet worden. So kamen dann Modelle zu Stande, die eine Einsparung im deutlich siebenstelligen Bereich von den Fakultäten fordern, fast die Hälfte des insgesamt einzusparenden Betrages. Kein anderer Bereich der Universität soll vergleichbar bluten.

Einsparungen bei zentralen Einrichtungen (Bibliothek, Rechenzen-

trum, HoC usw.) sind nach derzeitigem Stand nur in geringem Umfang vorgesehen. Bei Prestigeprojekten wie den diversen KIT-Schools und der Außendarstellung will man den Gürtel überhaupt nicht enger schnallen. Auch für die Sonderzahlungen an und -ausstattungen für neu berufene Professoren will sich das Präsidium seinen Spielraum erhalten und noch weiter ausbauen, statt mit den Geldern des Hector-Fonds (5 Millionen Euro pro Jahr) die Misere etwas abzufedern. Dieser Fonds ist aus einer 200-Millionen-Euro-Spende genau zu dem Zweck eingerichtet worden. Damit könnte man also Landesmittel freischaufeln.

So lebt das Präsidium weiter auf der Insel der Glückseligkeit und lässt sich von der Sonne des Elite-Ruhms bestrahlen. Dass es sich mit seinem unbedachten Sonnenbad derzeit gehörig den Pelz verbrennt, scheint noch nicht wirklich angekommen zu sein. Aber was will man auch erwarten, von Leuten, denen die Lehre – die Kernaufgabe einer Universität – offensichtlich völlig egal ist?

Es gibt hier letztlich nur einen, der wirklich dafür sorgen kann, dass umgesteuert wird, und das sind wir selbst. Es ist jetzt an uns, die Missstände öffentlich zu machen, anzuprangern, was hier schief läuft, und so dafür zu sorgen, dass das Land endlich eingreift und die Lehre am KIT vor dem Zusammenbruch bewahrt. Sonst brechen düstere Zeiten an.

NewBands-Festival

Battle of the bands – das Karlsruher New.Bands.Festival (und noch bisschen zu Bandwettbewerben generell)

von Manuela Popp

Seit 27 Jahren gibt es in Karlsruhe einen Nachwuchswettbewerb für Rock- und Popbands. Zunächst wurde es ausschließlich vom Jubez veranstaltet, später kam das

Substage hinzu und seit 2003 wird es unter dem Namen New.Bands.Festival in großem Stil einmal jährlich vom Popnetz Karlsruhe veranstaltet.

Da der UStA, vertreten durch den jeweils aktuellen Kulturreferenten,

in der Jury dieses Wettbewerbs sitzt, wollten wir euch hier einmal berichten, wie dieser abläuft und wie und ob es überhaupt gelingt, Musik „objektiv“ zu bewerten. Und bringt es einer jungen Band überhaupt etwas, an einem der zahlreichen Bandwett-

bewerbe teilzunehmen, oder führt dieser Weg nur in eine Sackgasse?

Einmal jährlich, meist irgendwann im März, werden unzählige Demotapes im Jubez probegehört und die besten 18 Stück vom Jubez ausgewählt. Letztes Jahr waren das zum Beispiel mehr als 40 Einsendungen. Diese werden zufällig einer von drei Gruppen à sechs Bands zugeteilt, die im Substage, Jubez und Tempel dann je 20 Minuten bekommen, um in der Vorrunde Jury und Publikum von ihrer Qualität zu überzeugen. Fünf oder mehr Jurymitglieder sitzen während der Auftritte im Publikum und machen sich Notizen zu den Bands. Dabei werden unter anderem Komposition, Zusammenspiel, Einzelleistungen, Originalität und Charisma bewertet.

Die musikalische Qualität in den Vorrunden variiert oft sehr stark. Von Bands, die hier zum ersten Mal gemeinsam auftreten bis zu Formationen, die schon diverse EPs und Touren hinter sich haben, reicht das Aufgebot. Meist fällt es deswegen in den Vorrunden auch nicht allzu schwer, die besseren Bands herauszufiltern, die im Wettbewerb weiter kommen. Dabei wird auf zwei Wegen gefiltert: Einerseits wählt die Jury ihre zwei Favoriten, von denen der Erste direkt ins Finale kommt und der Zweitplatzierte eine weitere Chance in der Zwischenrunde bekommt, andererseits hat auch das Publikum eine Stimme und wählt eine der Bands in die Zwischenrunde.

Die Bands der Zwischenrunde treten nun ein weiteres mal gegeneinander an und nun werden zwei Bands von der Jury ins Finale weitergewählt, eine dritte wiederum vom Publikum. Die letzten sechs Bands treten im Finale gegeneinander an, wo auf die drei erstplatzierten CD-Aufnahmen sowie große Auftritte bei „Das Fest“ oder dem Unifest als Preise warten. Vor allem in den Vorrunden ist es oft so, dass Jurysieger und die Publikumssieger weit auseinander liegen. Publikumssieger wird meist nicht die Band, die das Publikum am stärksten beeindruckt, sondern die Band, die es schafft, die meisten Freunde und Bekannten mitzubringen.

Die Jury versucht dagegen, einen

möglichst neutralen Standpunkt einzunehmen. Niemand kann seinen subjektiven Standpunkt komplett verlassen, aber eine erfahrene Jury versteht sich meist ganz gut darin zu beurteilen, wo die Stärken und Schwächen einer Band liegen und bei welchem Publikum eine Band Erfolg haben könnte. Beim New.Bands.Festival sind in der Jury unter anderem Tontechniker, Konzertveranstalter und Musikjournalisten vertreten. Dadurch wird eine Band also aus verschiedenen Blickwinkeln beurteilt und gleichzeitig die Meinung verschiedener Teile des Musikbetriebs berücksichtigt. Daraus setzt sich dann ein größeres Bild zusammen, auf dem man erkennen kann, ob eine Band Chancen in der großen, gefräßigen Welt der Musikindustrie haben könnte.

Es gibt dabei einige Punkte, die bei Nichterfüllung fast automatisch zum Ausscheiden führen. Zum Beispiel beherrschen zwar die meisten Bands ihre Instrumente wirklich gut, der Gesang ist bei vielen Bands aber sehr schwach. Es bleibt dann zwar noch die Chance aus der Not eine Tugend zu machen und mit schlechtem Gesang zu kokettieren. Meist versuchen die Sänger jedoch „gut“ zu klingen und wenn dann zu viele Töne komplett daneben liegen, ist dies ein fast definitives Ausschlusskriterium. Auch wenn man einer Band zu sehr ihre Vorbilder anhört, kommt dies bei der Jury meist nicht allzu gut an. Es muss nichts komplett Neues geschaffen werden (ob das überhaupt funktioniert ist ja ein Thema für sich), aber eine kreative, schlüssige Neukombination von Bekanntem wird auf jeden Fall honoriert.

Was den meistens Bands zudem schwer fällt ist es, ihre Musik angemessen zu beschreiben. Oft wirken die Infotexte ungewollt komisch oder bestehen aus einer Aneinanderreihung von Floskeln. Dass eine Band druckvollen Sound abliefern kann, der steil nach vorne geht, liest man in jeder zweiten Beschreibung, aber auch explodierende Höhepunkte und fesselnde Tiefen kann man angeblich manchen Bands anhören. Wer hier etwas Zeit investiert und sich von abgedroschenen Phrasen entfernt, hat schon vor seinem Auftritt einen Plus-

punkt gewonnen.

Die interessante Frage ist zum Schluss jedoch: Was bringt es einer jungen Band, bei solch einem Bandwettbewerb teilzunehmen? Wenn es nur um die Liveerfahrung geht, gibt es effektivere Wege, diese Erfahrung zu sammeln. In kleinen Clubs und Kneipen wird jungen Bands oftmals mehr Zeit eingeräumt, um ihr Programm zu präsentieren. Einerseits kann eine bei den Wettbewerben üben, in kurzer Zeit ein Publikum, das zum größten Teil nicht wegen ihnen im Saal steht, mitzureißen. Andererseits locken natürlich die Preise, denn nicht jede Band kann sich mal eben ein paar Tage im Studio leisten. Der Netzwerkeffekt ist auch nicht zu vernachlässigen. Wenn eine Band jedoch die Ambition hat, über den Status einer Lokalbekanntheit hinauszukommen, muss sie aufpassen nicht im Netz der Bandwettbewerbe hängenzubleiben. Irgendwann sind alle Wettbewerbe in der Region gewonnen und außer einigen spannenden Abenden bleibt nichts übrig.

In jungen Bandjahren empfiehlt sich die Teilnahme an solch einem Wettbewerb also durchaus. Wer es mit der Musik aber ernst meint, sollte ihn aber eher als ein Sprungbrett sehen, von dem man möglichst kräftig abspringen sollte. Das new.bands.festival ist dabei ein Sprungbrett erster Wahl.

Ihr wollt euch ebenfalls bewerben? Folgende Kriterien müsst ihr dafür erfüllen: Ihr ...

- ... seid im Durchschnitt nicht älter als 27 Jahre alt
- ... spielt noch nicht länger als 3 Jahre als Band zusammen
- ... kommt aus der Popnetz-Karlsruhe-Region (ca. 35 km im Umkreis von Karlsruhe)
- ... habt keinen Plattenverträge mit Majorlabels oder anderen großen Plattenfirmen

Zudem dürfen nur selbst komponierte Songs eingereicht und aufgeführt werden

Nightline – Wir hören zu

**Hochschulgruppen
stellen sich vor**

Die Nightline ist eine telefonische Anlaufstelle von Studierenden für Studierende. Jeder kann bei uns anrufen. Wir bieten allen Anrufern die Möglichkeit, anonym und vertraulich über alles zu reden, was ihn oder sie gerade beschäftigt. Egal ob Erstsemester oder Doktorand, ob 18 oder 48 Jahre alt, egal, ob jemand einfach kurz etwas loswerden will oder gerade alles über einem zusammenbricht.

Typische Gesprächsinhalte sind beispielsweise Probleme im Studium, Prüfungsangst, Ärger in der Beziehung oder mit den Eltern, Stress in der WG oder Einsamkeit. Die Nightline bietet eine Möglichkeit zum offenen Gespräch am späten Abend und nachts, wenn belastende Gefühle und Ängste erfahrungsgemäß besonders drängend werden können und andere Gesprächspartner nicht oder nicht mehr erreichbar sind. Wir sind selbst Studierende, befinden uns also in einer ähnlichen Lebenslage wie ihr.

Die Nightline ist aber kein reines Sorgentelefon. Wir verstehen uns auch als Vermittlungsstelle zu zahlreichen anderen universitären und außeruniversitären Beratungseinrichtungen in Karlsruhe. Am besten lässt sich dies anhand eines Beispiels beschreiben:

Eine Anruferin hat Schwierigkeiten mit dem BAföG. Wir können dann als Schaltstelle fungieren und ihr die Telefonnummer der zugehörigen BAföG-Stelle in Karlsruhe geben. Die Anruferin kann aber auch einfach nur ihren Unmut loswerden. Allgemeine Informationen, die uns zur Verfügung stehen, geben wir gerne weiter. Wir stehen mit verschiedenen studentischen Gruppen in Kontakt, verfügen über eine große Datenbank mit Kontaktdaten, können aber gegebenenfalls auch im Internet etwas für euch recherchieren.

Wie muss man sich den typischen Nightliner vorstellen? Den typischen Nightliner gibt es nicht. Wir sind Stu-

dierende aus ganz unterschiedlichen Fachbereichen, Fakultäten und Semestern. Typisch für uns ist eigentlich nur unsere Bereitschaft, am Telefon vorurteilsfrei auf eure Anliegen einzugehen und euch einfach zuzuhören. Wir sind im Semester Montags und Donnerstags unter der 0721-75406646 von 21-2 Uhr für euch erreichbar. Weitere Infos auf www.karlsruhe.nightlines.eu.

Nightline Karlsruhe

Übrigens, die Nightline sucht immer wieder motivierte studentische Mitarbeiter, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Weitere Infos auf www.karlsruhe.nightlines.eu. Die Nightline ist als gemeinnütziger Verein auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Wir möchten an dieser Stelle dem HoC dafür danken, dass es unsere Schulung in diesem Semester finanziert hat, sowie unserem Psychologen Herrn Rothmann für seine fachliche Unterstützung.

Aufstand im hohen Norden

Mecklenburg-Vorpommern reformiert sein Hochschulgesetz

von Andreas Wolf

Es kam einem kleinen bildungspolitischen Erdbeben gleich, was Mitte Dezember aus dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gemeldet wurde: Die Abgeordneten in Schwerin berieten ein Gesetz, mit dem u.a. die Diplom-Abschlüsse wieder eingeführt werden sollten.

Bei Licht betrachtet sind die Änderungen allerdings deutlich kleiner, als das Medienecho zunächst vermuten ließ. So wird, ähnlich wie in Sachsen, den Hochschulen lediglich freigestellt, das Diplom statt Bachelor und Master anzubieten. Von einer Abschaffung des Bologna-Systems ist nicht die Rede – das wäre auch kontraproduktiv, wo gerade in ganz Europa die einheitlichen Abschlüsse eingeführt wurden. Auch wenn es für die Ministerialen heldenhaft aussehen

mag, sich gegen diesen Trend zu stellen, wäre auch aus Studierendensicht – trotz der Probleme des Bologna-Prozesses – nicht wünschenswert.

Die Änderungen im Hochschulgesetz von M-V gingen aber noch weiter – so müssen Studiengänge nicht mehr regelmäßig reakkreditiert werden, eine Maßnahme, die prinzipiell sehr zu begrüßen ist. Die Akkreditierung hat nämlich die meisten Ziele nicht erreicht und produziert einen großen zusätzlichen Aufwand an den Universitäten.

Auch der Masterzugang wurde vereinfacht: Bewerber sollen nur noch abgelehnt werden können, wenn erkennbar ist, dass sie den Master nicht erfolgreich werden absolvieren können (wie auch immer man das im Einzelfall feststellen will). Damit wird willkürlichen Notengrenzen oder der

Feststellung von „Überdurchschnittlichkeit“ der Boden entzogen.

Auch generell könnte das bevölkerungsschwächste Flächenland im hohen Norden als Vorbild im Hochschulbereich dienen. So enthält das Hochschulgesetz von M-V eine beachtliche Anzahl sehr studierendenfreundlicher Regelungen, z.B. zu Freiversuchen bei Prüfungen. Auch wird die Anhörung der Studierendenschaften bei bestimmten Themen im Gesetz explizit vorgeschrieben.

Ganz anders hier in Baden-Württemberg: Der Gesetzgeber gibt den Hochschulen zwar ebenfalls viele Freiheiten. Diese Autonomie wird aber von den Hochschulleitungen oft als Freibrief verstanden, zu tun und lassen, was man will. Wohin das führt, hat man bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses einmal mehr gesehen.

Hochschulgruppen stellen sich vor

KA-Raceing / Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Die in den Vorlesungen gelernte Theorie in die Praxis umzusetzen, das ist das Ziel der Hochschulgruppe KA-Raceing. Wir kommen aus den Fachrichtungen Maschinenbau, Elektrotechnik, Informatik sowie Wirtschaftsingenieurwesen und konstruieren und fertigen jedes Jahr einen eigenen Formelrennwagen, um auf den Wettbewerben der Formula Student gegen die Teams anderer Hochschulen aus der ganzen Welt anzutreten.

Sowohl die Erfahrungen aus den vergangenen Saisons, die die langjährigen Mitglieder mitbringen, als auch die kreativen Ideen der Neuzugänge machen die erfolgversprechende Mischung aus, die das 50-köpfige Team ausmachen. Selbstverständlich sind insbesondere die Abstimmung untereinander und der Wissensaustausch der verschiedenen Bereiche der Fahrzeugkonstruktion von besonderer Bedeutung, um schließlich ein siegfähiges Fahrzeug auf die Räder stellen zu können. Das gesamte Projekt verlangt von den Teammitgliedern

einiges an Zeit und Energie sowie Eigeninitiative und Verantwortung. Der fertige Rennwagen kann im Wettbewerb mit den Autos anderer Formula Student Teams schließlich nur bestehen, wenn alle Komponenten perfekt zusammenspielen.

Zu Beginn der neuen Saison im September 2010 fand sich das neu formierte Team auf einer Hütte im Nordschwarzwald zusammen, um das Konzept und einen detaillierten Zeitplan für die neue Saison auszuarbeiten. Hierbei wurden wichtige Meilensteine fixiert, um in dieser Saison noch früher als in der Vergangenheit ein fertiges Fahrzeug präsentieren zu können und außerdem den verbleibenden Zeitraum bis zu den Wettbewerben im Sommer 2011 für ausgiebige Test- und Abstimmungsfahrten zu nutzen.

Bereits Anfang Dezember waren daher alle Bauteile als CAD-Konstruktionen fertig gestellt, um anschließend über den Winter von zahlreichen regionalen und überregionalen Fer-

tigungspartnern nach unseren genauen hergestellt zu werden. Der Zusammenbau des Formelfahrzeuges, das „KIT11“ heißen wird, ist dann für den Frühling 2011 geplant. Der fertige Rennwagen wird anschließend im April beim „Rollout“ erstmals der Öffentlichkeit und den Sponsoren des Projektes präsentiert. Auf dieses Event freut sich das gesamte Team ganz besonders, schließlich hat jeder von uns hierbei erstmals die Gelegenheit, die selbstkonstruierten Komponenten im fertigen Fahrzeug zu bewundern.

In einer darauf folgenden, intensiven Testphase werden alle Kinderkrankheiten und unvorhersehbaren technischen Schwierigkeiten beseitigt, um mit der abschließenden Feinabstimmung ein konkurrenzfähiges Fahrzeug an den Start schicken zu können. Das Ziel des Teams heißt ganz klar: Ein siegfähiges Auto für 2011 zu bauen!

Weitere Informationen

www.ka-raceing.de



Der UStA-(Kultur)Kalender

Februar:

Di, 01.02.	Retrogames-Schlonz	AKK 20:12 Uhr
Do, 03.02.	Landesbildstellen-Schlonz	AKK 20:24 Uhr
Sa, 05.02.	Z10-Winterfest	Z10 20:00 Uhr
Di, 08.02.	Podiumsdiskussion zur Landtagswahl	Mensa 18:00 Uhr
Di, 08.02.	Landtagskandidaten-Schlonz	AKK 20:00 Uhr
Fr, 11.02.	Alu-Wüsten-Schlonz	AKK 20:11 Uhr
Fr, 11.02. – Do, 17.02.	15. Karlsruher Gespräche: Ins Netz gegangen?	ZAK
Sa, 12.02.	Unihelferfest	Z10 20:00 Uhr
Sa, 12.02.	Vorlesungsende	Uni 00:00 Uhr
So, 13.02.	Café XXX	Z10 18:00 Uhr
So, 13.02.	Theater in der Stadtmitte	Stadtmitte 20:00 Uhr
Mo, 14.02. – So, 27.02.	Ausstellung „Elite! Für alle?“	Foyer des Studentenhauses
Fr, 18.02. – So, 20.02.	LAN (Party)	Z10 20:00 Uhr
Sa, 19.02.	Liveschlonz: Metal-Konzert	AKK 20:00 Uhr
Do, 24.02.	DJ-Party Schlonz	AKK 20:00 Uhr
Fr, 25.02.	Lesungen & Literaturprojekte	A&S Bücherland 20:00 Uhr
Fr, 25.02.	TAO – Die Kunst des Trommelns	Konzerthaus 20:00 Uhr
So, 27.02.	Café XXX	Z10 18:00 Uhr

März:

Do, 17.03.	St Patricks Day (Party)	Z10 20:00 Uhr
So, 27.03.	Landtagswahl	BaWü

***UStA**
Uni Karlsruhe

*ReferentInnen gesucht

weitere Infos auf Seite 8/9



REFERENTINNEN GESUCHT!

Wenn du dir vorstellen kannst, im UStA-Team die Interessen der Studierenden zu vertreten, dann melde dich bei uns.

info@usta.de

